

Sozialdemokratischer PresseDienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Nitzsche, Berlin.
Telefon: Amt Döbber 4196/4198



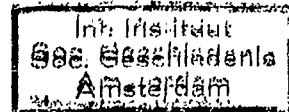
Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abnahme mindestens 4 Bogen nur beim Courierschiffen, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Zeilen ist Berlin.

Berlin, den 19. Dezember 1929

Schacht als Vormund.



SPD. Dem Reichsbankpräsidenten Schacht ist es gelungen, die in den letzten Wochen von der Reichsregierung mit den ausländischen Geldgebern geführten Verhandlungen wegen Bereitstellung eines ausländischen Kredits zum Scheitern zu bringen. Diese völlig veränderte Situation hat die Regierung zu neuen Verhandlungen mit Schacht gezwungen, die schliesslich zu folgendem Ergebnis geführt haben: Schacht zieht seinen Widerspruch gegen die Beschaffung des Reichskredits zurück, wenn dem Reichstag ein "Gesetzentwurf zur ausserordentlichen Tilgung der schwebenden Reichsschuld" vorgelegt wird, durch den im Wege der Steuererhöhung und Ausgabekürzung bis zum Ende des Rechnungsjahres 1930 450 Millionen zur Schuldentilgung beschafft werden. Schacht ist weiter bereit, die Führung eines deutschen Bankkonsortiums zu übernehmen, das die fehlenden 330 Millionen unter Zuhilfenahme der Auslandsguthaben der Reichsbank beschaffen will. Diesem Gesetzentwurf haben die Führer der Regierungsparteien zugestimmt, nachdem festgestellt worden war, dass mit ihm Sicherheit für die Ueberwindung der Ultimoschwierigkeiten geschaffen wird.

Wenn man diesen Gesetzentwurf zur Schuldentilgung richtig beurteilen will, muss man noch einmal die politischen Ereignisse der letzten Wochen überblicken. Die Reichskasse steht seit Ende Dezember vor der Notwendigkeit, Zahlungsverpflichtungen von 450 Millionen befriedigen zu müssen, für die bisher nur 120 Millionen vorhanden sind, während für 330 Millionen bisher keine Deckung beschafft werden konnte. Die Reichsregierung hat mit diesen Kassenschwierigkeiten seit langem gerechnet und eine Reihe von Massnahmen zu ihrer Ueberwindung in Angriff genommen, deren wichtigste der Abschluss der Schweden-Anleihe im Zusammenhang mit dem Zündholzmonopol ist. Zwar soll die erste Zahlung auf die Schweden-Anleihe erst Mitte des nächsten Jahres eingehen, aber es war von Anfang an beabsichtigt, zur Ueberwindung der Kassenschwierigkeiten im Winter auf Grund der Schweden-Anleihe einen Ueberbrückungskredit bei ausländischen Banken zu beschaffen. Die Verhandlungen über einen solchen Kredit sind bald nach dem Abschluss der Schweden-Anleihe mit dem amerikanischen Bankhaus Dillon Read & Co. aufgenommen worden.

Diese Verhandlungen schwebten in einem günstigen Stadium, als plötzlich der Reichsbankpräsident Dr. Schacht mit seinem Memorandum hervortrat. Selbstverständlich musste dieses Memorandum die Kreditverhandlungen ungünstig beeinflussen und das Misstrauen der ausländischen Geldgeber in die deutsche Finanzgebarung erwecken. Aber Schacht begnügte sich nicht mit seinem Memorandum, sondern teilte der Reichsregierung mit, dass seine Mitwirkung bei der Beschaffung eines ausländischen Kredits nur in Betracht komme, wenn das Reich bis Ende 1930 etwa 500 Millionen zur Abdeckung seiner schwebenden Schuld verwenden würde.

Reichsregierung und Parteiführer lehnten diese Forderung des Reichsbankpräsidenten ab. Sie glaubten dies umso eher tun zu können, weil die Regierung sich schon vorher entschlossen hatte, zur Ueberwindung der Kassenschwierigkeiten dem Reichstag ein Sofortprogramm vorzulegen, das einmal die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um $\frac{1}{2}$ Prozent und zweitens die Erhöhung der Tabaksteuer um etwa 220 Millionen vorsah. Da auf diese Weise bereits etwa 400 Millionen zur

Verminderung der schwebenden Schuld bereit, gestellt werden, hoffte man den Widerstand Schachts abzuschwächen. Ausserdem wurde erwartet, dass es möglich sein würde auch ohne Mitwirkung von Schacht ausländische Gelder zur Ueberwindung der Ultimö Schwierigkeiten zu bekommen. Sowohl die Haltung einiger deutscher Banken als auch der Stand der Verhandlungen mit der Dillon, Read & Co. berechtigten zu dieser Annahme. Kaum war es aber der Reichsregierung gelungen, ihr Sofortprogramm im Reichstage unter ausserordentlichen Schwierigkeiten durchzubringen, als plötzlich gegen die Aufnahme eines ausländischen Kredits neue Widerstände von einer Seite auftauchten, mit der bis dahin nicht gerechnet worden war. Diese Widerstände kamen einmal vom Reparationsagenten und ausserdem von der französischen Regierung.

Der Reparationsagent, der schon gegen den Abschluss der Schweden-Anleihe Bedenken geltend gemacht hatte, stellte sich auf den Standpunkt, dass die Aufnahme der neuen Anleihe nur mit seiner Zustimmung erfolgen dürfe und erklärte weiter, dass diese Zustimmung nur im Einverständnis mit dem Reichsbankpräsidenten geben würde. Die französische Regierung begründete ihren Einspruch gegen die Aufnahme des Auslandskredits vor allem damit, dass dadurch die nach Annahme des Youngplanes beabsichtigte Mobilisierung eines Teiles der Reparationsschuld unmöglich gemacht würde. Durch die Auflegung einer so grossen deutschen Anleihe im Auslande würde der internationale Kapitalmarkt auf lange Zeit mit deutschen Reichsanleihen übersättigt sein, sodass es nicht möglich wäre, Reparationsbonds unterzubringen. Unter diesen Umständen sei die beabsichtigte Anleihe eine ernste Gefahr für den Abschluss des Youngplanes, da sie Frankreich für die nächste Zeit eines wesentlichen Vorteils beraube, auf den es bei Annahme des Youngplanes bisher gerechnet habe.

Diese reparationspolitischen Widerstände machten naturgemäss die Aufnahme eines Auslandskredits für Deutschland völlig unmöglich. Einmal, weil die Reichsregierung es nicht hätte übernehmen können, dadurch die Annahme des Youngplanes zu gefährden und ausserdem, weil sich bei dieser Sachlage kein ausländisches Bankkonsortium gefunden hätte, den Kredit zu geben. Die Regierung war also plötzlich vor die Wahl gestellt, entweder Ende Dezember die Gehälter der Beamten und Angestellten die Löhne der Arbeiter, die Renten für Kriegsbeschädigte und Erwerbslose, die Ueberweisungen an Länder und Gemeinden u. sw. nicht voll auszahlen zu können oder neue Verhandlungen mit Schacht anzuknüpfen, um seine Einwilligung zur Kreditbeschaffung zu erhalten. Angesichts der unermesslichen Gefahren, die aus einer Zahlungseinstellung des Reichs für das ganze deutsche Wirtschaftsleben erwachsen müssen, musste sich die Regierung wohl oder übel bereit finden, den Forderungen Schachts entgegenzukommen. Das Ergebnis der sofort aufgenommenen Verhandlungen mit dem Reichsbankpräsidenten, der bereits erwähnte Gesetzentwurf, bedeutet lediglich eine grundsätzliche Festlegung über das Ausmass der Schuldentilgung, bringt aber keinerlei Bindungen darüber, welche Steuern erhöht und welche Ausgaben gesenkt werden sollen.

Der Gesetzentwurf, der dem Reichstage bereits am Donnerstagabend vorgelegt wurde, läuft auf eine Notstandsmassnahme hinaus, die nur durch die aussergewöhnlichen Umstände gerechtfertigt werden kann. Es hat in dieser Stunde keinen Zweck, die Dinge zu verschleiern, sondern man muss es offen aussprechen, dass die Regierung mit dieser Massnahme sich dem Diktat Schachts beugt. Sie gibt den Forderungen des Reichsbankpräsidenten nach, weil anders keine Möglichkeit besteht, das Reich in den nächsten Monaten zahlungsfähig zu erhalten, aber sie hat erst nachgegeben, nachdem alle anderen Versuche an den Widerständen der Reparationsgläubiger gescheitert sind. Zweifellos hätte es die Regierung unter anderen Umständen vorgezogen zurückzutreten und die Kapitulation vor Schacht ihrer Nachfolgerin zu überlassen. Wenn sich die Regierung entschlossen hat, das nicht zu tun, so war dafür die Ueberlegung massgebend, dass Prestigefragen jetzt zurücktreten müssen und eine Regierungskrise die Schwierigkeiten nur noch vermehren würde. Der "Ernst der Stunde", von der der Reichskanzler vor einigen Tagen im Reichstage gesprochen hat, verlangt aussergewöhnliche Massnahmen und eine aussergewöhnliche Haltung der Regierung. Der Reichstag wird nicht umhin können, diese Haltung zu billigen.

SPD. München, 19. Dezember (Eig. Drahtb.)

Mit der Verhaftung des 21jährigen Elektro-Monteurs Peter Kräutler scheint die Polizei den Mörder der Berthe Weinmann gefasst zu haben. Trotzdem stellt der Verhaftete, auf dessen Spur die Polizei durch eine Mitteilung aus dem Publikum gekommen ist, die Tat vorläufig noch entschieden in Abrede.

Aus der Vernehmung des Kräutler hat sich bisher folgendes ergeben: Er lernte die Weinmann am Sonntag, den 8. Dezember kennen. Beide suchten an diesem Tage eine Bierwirtschaft auf, in der sie sich bis gegen Mitternacht aufhielten. Verabredungsgemäss trafen sie sich beide am Sonntag, den 15. Dezember gegen sieben Uhr abends in derselben Wirtschaft und verweilten dort bis gegen 3/4 11 Uhr. Der Festgenommene behauptet nun, sich auf dem gemeinsamen Nachhauseweg von der Weinmann getrennt zu haben, da sie die Benutzung der Strassenbahn vorzog. Er selbst sei nach seiner Wohnung in der Lindwurmstrasse gegangen. Die weitere Untersuchung hat dagegen ergeben, dass das als Mordwerkzeug benützte Beil aus dem Keller des Hauses stammt, in dem Kräutler wohnt. Damit es nicht vermisst würde legte er ein anderes Beil, das er sich irgendwoher verschafft hatte auf den Holzklotz. Sowohl Mantel als auch die Hosen, die der Verhaftete nach seinen eigenen Angaben an dem fraglichen Sonntag trug, zeigen Spuren von Reinigung, aber auch noch zahlreiche Blutflecke, die z. Zt. noch in dem Münchener gerichtlich-medizinischen Institut untersucht werden. Ob tatsächlich ein Lustmord vorliegt ist neuerdings wieder zweifelhaft geworden, da sich Anhaltspunkte für einen Raubmord ergeben haben.

SPD. Der Sklarek-Ausschuss des Preussischen Landtages vernahm am Donnerstag den Direktor der Berliner Stadtbank, Dr. Lehmann in Gegenwart der Direktoren Schmitt und Hoffmann.

Lehmann war Direktor der juristischen Abteilung und bekundete, dass er grundsätzlich Gegner von stillen Zessionen ist und sowohl im Bankvorstand als auch im Kreditausschuss gegen sie Stellung genommen hat. Er habe seine Kollegen oftmals gewarnt, dass die Sklareks seien ihm als Geschäftsleute zu smart und für ein öffentliches Bankinstitut keine Gegenkontrahenten mit pupularischer Sicherheit gewesen. Auch hätten sie ihm zu lange Ohren gehabt. Er habe oft das Verlangen gestellt, die stillen Zessionen zu beseitigen und endlich eine Bestätigung der Sklarekschen Lieferungen durch die Bezirksämter zu verlangen. Wegen seiner juristischen Bedenken habe man ihn den pinseligen Lehmann genannt. Immer wieder aber sei ihm gesagt worden, man wolle die Bezirksämter nicht beunruhigen, da jeder Kaufmann seinen Kunden gegenüber ein freundliches Gesicht zeigen wolle. Man habe schliesslich von ihm gesagt: "Da sitzt ein Halbverrückter, der uns die besten Kunden rausgrault!" Die Zusammenarbeit mit seinen Kollegen Schmitt und Hofmann sei nicht die beste gewesen. Er habe deshalb auch schon einmal seine vorgesetzte Dienststelle ersucht, ihn zu versetzen.

Grosses Aufsehen rief die Bekundung Lehmann's hervor, dass ihm bis zum 25. September, also bis zum Vortage der Verhaftung der Sklareks, nichts von den inzwischen längst festgestellten Unregelmässigkeiten und der bereits am 16. September aufgedeckten Unterschriftsfälschung, und zwar weder von den Revisionsbeamten, noch von seinen Kollegen Schmitt und Hofmann, etwas mitgeteilt worden sei. Diese merkwürdige Tatsache sei darauf zurückzuführen, dass den Beamten von seinen Direktionskollegen ausdrücklich untersagt worden sei, mit ihm (Lehmann) darüber zu sprechen. In dieser Zeit habe ihm Abteilungsleiter Schröder, den er um Aufklärung gebeten habe, versichert, dass mit den Sklareks alles in Ordnung sei, obwohl dieser damals wusste, dass Unterschriftsfälschungen festgestellt worden waren. Am 25. September habe er, weil er fühlte, dass etwas vorging, was ihm verheimlicht wurde, den Abteilungsleiter Neumann direkt nach den Vorgängen gefragt. Dieser habe sich zuerst geweigert, ihm Auskunft zu geben, weil ihm das verboten worden sei. Erst auf seine dienst-

liche Aufforderung als Vorstandsmitglied und Direktor habe ihm dann Neumann die Revisionsprotokolle der Revisoren Fabian und Seidel überreicht.

Die Zeugen Schmitt und Hofmann bestreiten, die Beamten der Stadtbank zur Verschwiegenheit über die Fälschungen der Sklareks verpflichtet zu haben. Abteilungsleiter Schröder glaubt sich jedoch mit Bestimmtheit daran erinnern zu können, dass ihm nicht nur verboten worden sei, mit anderen Personen, sondern auch mit Dr. Lehmann darüber zu sprechen. Abteilungsleiter Neumann gibt an, dass er über das Verhalten der Direktoren Schmitt und Hofmann bestürzt gewesen sei. Es sei ihm aber gesagt worden, er möge sich endlich beruhigen. Auch Schröder habe ihm mitgeteilt, dass mit den Sklareks alles in Ordnung sei. Das Verhalten von Schmitt und Hofmann wäre ihm völlig unerklärlich gewesen, er sei mit einem bösen Gewissen herumgelaufen und in einen schweren inneren Konflikt gekommen. Er sei der Meinung gewesen, entweder mit dem Kämmerer oder mit Lehmann darüber sprechen zu müssen. Er habe jedoch gewusst, dass es anderen strenge verboten war, mit Lehmann darüber zu sprechen. Erst als er gehört habe, dass von Spandau aus die Aufklärung im Gange war, habe er sich beruhigt.

Obermagistratsrat Brandes, der noch einmal vernommen wird, bekundet, dass er am 25. September noch mit den Direktoren Schmitt und Hofmann verhandelt habe. Er habe schliesslich alle ihre Einwände mit den Worten abgeschnitten: "Meine Herren, lassen Sie es endlich sein, hier muss jetzt reiner Tisch gemacht werden." Eine Aufforderung, mit einem der Sklareks selbst zu sprechen, der in einem anderen Zimmer der Direktion anwesend war, habe er strikte abgelehnt.

Eine besondere Rolle spielt die Erörterung der Frage, wann am 25. September vormittags der Beschluss der Direktion gefasst worden sei, das Sklarek-Konto zu sperren, wann es tatsächlich gesperrt worden sei und wie es den Sklareks möglich gewesen sei, noch kurz vor der Sperre 475 000 Mark abzuheben. Die Aussagen der Beamten ergaben darüber noch kein klares Bild. - Nächste Sitzung Freitag.

SPD. Karlsruhe, 19. Dezember (Eig. Dr.)

Schwere Ausschreitungen von Stahlhelmen und Nationalsozialisten gegen Mitglieder der zurzeit in Karlsruhe tagenden Internationalen Kommission zur Festsetzung der Gütertarife waren in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in einem Karlsruher Hotel zu verzeichnen.

Die Hakenkreuzler kamen nach einer Kundgebung für den Volksentscheid in das Hotel und versuchten, die Gäste durch nationalistische Lieder zu provozieren. U.a. sangen sie unter Führung des Nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Wagner und eines Redakteurs des Karlsruher Hakenkreuz-Blättchens: "Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen". Als die Wirtin den Ruhestörern das Singen verbot, drangen sie auf die Wirtin und auf die Mitglieder der Internationalen Kommission ein. Ihre Angriffe richteten sich besonders gegen einen Belgier und einen Franzosen, die schliesslich flüchten mussten. Der besoffene Redakteur des Hakenkreuzblattes warf den beiden Ausländern ein Bierglas nach, traf jedoch die Kellnerin, die am Kopf ziemlich schwer verletzt wurde. Mit dem Ruf: "Nationalsozialisten verlassen das Lokal, wer hier bleibt ist Gesindel!" forderte der Landtagsabgeordnete Wagner als Anführer seine Anhänger schliesslich auf, das Lokal zu verlassen. Die Polizei nahm mehrere Radaubruder fest.

SPD. München, 19. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der erste Abschnitt der bayerischen Zugspitzenbahn Garmisch-Eibsee wurde am Donnerstag feierlich eröffnet. Dieser Teil der Bahn verläuft zunächst bis Grainau in der Ebene. Von hier bis Eibsee tritt bei einer 118 prozentigen Steigung schon das Zahnrad in Funktion. Die Fahrzeit von Garmisch beträgt

knapp eine Stunde. Die zweite Strecke der Zahnradbahn geht über Rifflich bis zu dem 2 600 Meter hoch gelegenen Schneeferner, wo ein grosses Hotel errichtet wird; sie soll bis zum Sommer nächsten Jahres betriebsfertig sein. Eine Seilschwebbahn soll schliesslich auf den noch 350 Meter höher gelegenen Zugspitz-Gipfel führen.

SPD. Kopenhagen, 19. Dez. (Eig. Drahtb.)

Im Auswärtigen Ausschuss des dänischen Reichstages erklärte die dänische Regierung am Donnerstag zu den deutschen Landwirtschaftszöllen, dass die Auslegung des dänischen Meistbegünstigungsrechtes durch Deutschland irrtümlich sei und man Dänemark mindestens die gleichen Vergünstigungen zuteil werden lassen müsse wie Schweden. Der Ausschuss stimmte dieser Auffassung der Regierung einmütig zu und beauftragte das Kabinett, die Verhandlungen mit Deutschland fortzusetzen.

Der konservative Antrag auf Einberufung einer vertraulichen Reichstags-sitzung zwecks Entgegennahme einer Regierungserklärung über die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland wurde abgelehnt.

SPD. Paris, 19. Dezember (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag begann die französische Kammer mit der Diskussion des Marine-Budgets.

Die Aussprache stand im Zeichen der bevorstehenden Londoner Seeabrüstungskonferenz, der man in hiesigen politischen Kreisen mit wachsender Beunruhigung entgegensieht. Frankreichs Stellung auf der Londoner Konferenz ist in der Tat ausserordentlich schwierig, durch den Zweifronten-Kampf, den es gegen Angelsachsen durch seine Forderung der Beibehaltung der Unterseeboote und der uneingeschränkten Ausführung des französischen Flottenbauprogramms sowie gegen die Paritäts-Ansprüche Italiens, zu führen gezwungen ist. Frankreich beruft sich immer wieder auf sein altes Argument der Sicherung seiner Seewege und macht geltend, dass seine Tonnageziffer beträchtlich hinter der der Vorkriegszeit zurückstehe. Damals besass Frankreich 355 Schiffseinheiten mit einer Gesamt-Tonnage von 974 000 Tonnen, während das neue französische Flottenstatut 588 000 Tonnen an leichten Streitkräften vorsieht, zu denen noch 175 000 Tonnen an Linienschiffen kommen, die Frankreich im Washingtoner Abkommen zugesprochen erhalten hat.

Die französische Argumentation verschweigt jedoch, dass die angeführten Vorkriegsschiffe zum grossen Teil aus ausrangierten und unbrauchbar gewordenen Schiffen bestand, während seine Flotte sich heute in ihrer technischen Vollkommenheit und modernsten Konstruktion mit der jeder anderen europäischen Macht qualitativ messen kann. Ausserdem hat Frankreich gerade an Unterseebooten auch quantitativ bereits die Vereinigten Staaten überflügelt. Es besitzt 79 Einheiten gleich 82 000 Tonnen, während die Vereinigten Staaten 97 Einheiten mit 80 000 Tonnen an Unterseebooten besitzen.

SPD. München, 19. Dezember (Eig. Drahtb.)

Eine vorläufige Übersicht in dem "Nachrichtenblatt für die sozialdemokratischen Gemeindevertretungen Bayerns" enthält neue Belege dafür, dass sich die Sozialdemokratische Partei in Bayern im Gemeindewahlkampf am 8. Dezember hervorragend geschlagen und nicht nur die schon innegehabten Positionen zum Teil erfolgreich verteidigt, sondern ihren Einfluss in zahlreichen Gemeindeparlamenten auch wesentlich verstärkt hat.

Im Bezirk Oberbayern-Schwaben hat die Sozialdemokratie in 146 Gemeinden 543 Stadt- und Gemeinderäte und neun Bürgermeister erhalten. Unter diesen Gemeinden befinden sich 32 Städte mit 171 sozialdemokratischen Stadtratsmitgliedern und einem ersten Bürgermeister. Aus dem Bezirk Franken (Ober-, Mittel- und Unterfranken) liegen bisher die Ergebnisse aus 329 Gemeinden vor. In diesen Gemeinden erhielt die Sozialdemokratie 1 341 Stadt- und Gemeinderäte und 49 Bürgermeister. Darunter sind 53 Städte mit 316 sozialdemokratischen Stadträten und zwei erste Bürgermeister, ein Beweis dafür, wie stark die Partei gerade in den fränkischen Dorfgemeinden geworden ist. Fortschritte im Lande macht die Sozialdemokratie besonders auch im Bezirk Niederbayern in der Oberpfalz, einer alten Domäne der Bayerischen Volkspartei. In 16 Städten hatte die S.P.D. bisher 75 Vertreter. Sie konnten sich voll behaupten und in 160 Landgemeinden wurde die Zahl der sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder von 275 auf 448 gesteigert, was eine Vermehrung von über 60 Prozent bedeutet. Aus 50 Orten stehen die genauen Ziffern noch aus.

SPD. Der von den Regierungsparteien am Donnerstag im Reichstag eingebrachte Initiativ-Antrag lautet :

"Der Reichstag wolle beschliessen, folgendem Gesetzentwurf die verfassungsmässige Zustimmung zu erteilen :

"Gesetz zur ausserordentlichen Tilgung der schwebenden Reichsschuld.

Bei der Aufstellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan 1929 und des Haushaltsplans 1930 ist ein Tilgungsfonds zur Abdeckung der schwebenden Schuld des Deutschen Reiches einzustellen, der spätestens bis Ende des Rechnungsjahres 1930 den Betrag von 450 Millionen zu erreichen hat. Der Fonds ist aus Steuern und aus Einsparungen bei den Ausgaben zu bestreiten."

+ + +
Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat diesen Gesetzentwurf am Donnerstag in einer kurzen Fraktionssitzung gebilligt, nachdem die übrigen Regierungsparteien ebenfalls ihre Zustimmung erklärt haben. Wenn dieser Fraktionsbeschluss in nahezu völliger Einmütigkeit zustande kam, so vor allem deshalb, weil die Sozialdemokratie immer verlangt hat, dass der Steuersenkung die Sanierung der Reichskasse und des Reichshaushalts vorangehen muss. Soweit der neue Gesetzentwurf diesem Ziel dient, ist die Sozialdemokratie mit ihm sachlich einverstanden. Soweit er darüber hinausgeht, wird sie bei den Entscheidungen über die Ausführung des Gesetzes alles tun, um ihren Standpunkt durchzusetzen. Es ist keine Frage, dass durch das Schuldentilgungsgesetz die Steuer-senkung ausserordentlich erschwert wird, zumindest dürften damit die ufarlosen Pläne der bürgerlichen Steuerreformer für alle ernsthaften Menschen begraben sein.

SPD. Kiel, 19. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das Grosse Schöffengericht in Kiel verkündete am Donnerstag-Mittag im Munitionsschieberprozess folgendes Urteil:

"Alle Angeklagten werden freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last."

Gleichzeitig wurde folgender Beschluss verkündet: "Die Begründung des Urteils findet in nichtöffentlicher Sitzung statt, da durch Verkündung in der Öffentlichkeit die Staatssicherheit gefährdet werden könnte."

+ + +
Die Munitionsschieber sind fast durchweg deutschnationale Parteigänger. Angesichts dieser Tatsache und der allgemeinen Einstellung unserer Justiz

braucht man sich über den geradezu skandalösen Freispruch nicht zu wundern; Wir glauben jedoch annehmen zu sollen, dass die Affäre mit diesem Freispruch ihren Abschluss noch nicht gefunden hat.

SPD. London, 19. Dezember (Eig. Drahtb.)

Macdonald teilte im Unterhaus mit, dass König Georg V. an der Eröffnungssitzung der Seeabrüstungskonferenz am 21. Januar in London teilnehmen und die Eröffnungsrede halten wird.

SPD. Leipzig, 19. Dezember (Eig. Drahtb.)

In der Streitsache der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei im Preussischen Landtag gegen das Land Preussen wegen Teilnahmeberechtigung der Beamten am Volksbegehren fällt der Staatsgerichtshof heute morgen folgende Entscheidung:

"Die in Artikel 130 Absatz 2 der Reichsverfassung den Beamten gewährleistete Freiheit ihrer politischen Gesinnung umfasst das Recht, sich bei einem zugelassenen Volksbegehren ohne Rücksicht auf dessen Inhalt einzutragen und beim Volksentscheid abzustimmen. Die weitergehenden Anträge werden abgewiesen."

In der Begründung heisst es: Der Staatsgerichtshof nimmt in dem vorliegenden Falle eine Verfassungstreitsache an. Verfassungstreitigkeiten im Sinne der Verfassung seien nicht nur Streitsachen innerhalb der Organe der Staatsgewalt. Der Gesichtspunkt der Verfassungswrletzung müsse hier ausscheiden. Die Kundgebungen der preussischen Regierung hätten einen Zustand geschaffen, der die Beamten in ihren Volksrechten beschränke. Zur Führung dieser Verfassungstreitigkeit sei die Klägerin als Trägerin des Volksbegehrens berechtigt. Zwar sei das Volksbegehren eine Reichsangelegenheit, aber in dieser Sache seien auch Landesstellen tätig gewesen, und diese Tätigkeit könne zu einer Verfassungstreitigkeit führen. Dies sei hier der Fall. Inwieweit die preussische Regierung auf die Beamten eingewirkt habe, sie vom Volksbegehren abzuhalten, könne dahingestellt bleiben. Die Durchführung des Verfahrens beruhe auf Artikel 73 der Reichsverfassung. Ihrem Schutz diene ebenso Artikel 130 Absatz 3. Er gewährleiste den Beamten die politische Meinungsfreiheit. Die in Artikel 130 Absatz 2 den Beamten gewährleistete Freiheit, ihre politische Meinung zu äussern, finde allerdings ihre Schranken in den besonderen Pflichten, die die Beamten bei der Werbetätigkeit zum Volksbegehren zu beachten haben. Hier komme es auf die staatsrechtliche und politische Bedeutung an. Die Eintragung zum Volksbegehren sei nach Artikel 126 der Reichsverfassung keine Petition an die Regierung, sondern Volksgesetzgebung, die keiner beamtenrechtlichen Bindung unterliegt. Die Teilnahme am Volksbegehren und Volksentscheid stehe demnach allen Beamten frei. Darüber hinaus jedoch gewähre sie keinen Schutz, insbesondere könne jede Werbetätigkeit eine Verletzung der Beamtenpflichten hervorrufen und deshalb nicht mit den Beamtenrechten in Einklang zu bringen sein. Ob der Inhalt eines Volksbegehrens derart sei, dass die Beamten über Eintragung und Stimmabgabe hinaus wirken könnten, sei im Einzelfalle von den Disziplinargerichten zu entscheiden. Alle anderen Anträge der Klägerin müssten abgewiesen werden.

+ + +
Die deutschnationalen Presse tut auf Grund dieses Urteils und seiner Begründung, als habe die deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtages einen 100 prozentigen Sieg über die Preussische Staatsregierung davongetragen, als sei nunmehr authentisch festgestellt, dass Preussen Verfassungswrletzungen begangen und durch ein unzulässiges Verbot des Einzeichnens zum Volksbegehren die Beamten terrorisiert habe. Hier ist wieder einmal der Wunsch

Im Bezirk Oberbayern-Schwaben hat die Sozialdemokratie in 146 Gemeinden 543 Stadt- und Gemeinderäte und neun Bürgermeister erhalten. Unter diesen Gemeinden befinden sich 32 Städte mit 171 sozialdemokratischen Stadtratsmitgliedern und einem ersten Bürgermeister. Aus dem Bezirk Franken (Ober-, Mittel- und Unterfranken) liegen bisher die Ergebnisse aus 329 Gemeinden vor. In diesen Gemeinden erhielt die Sozialdemokratie 1 341 Stadt- und Gemeinderäte und 49 Bürgermeister. Darunter sind 53 Städte mit 316 sozialdemokratischen Stadträten und zwei erste Bürgermeister, ein Beweis dafür, wie stark die Partei gerade in den fränkischen Dorfgemeinden geworden ist. Fortschritte im Lande macht die Sozialdemokratie besonders auch im Bezirk Niederbayern in der Oberpfalz, einer alten Domäne der Bayerischen Volkspartei. In 16 Städten hatte die S.P.D. bisher 75 Vertreter. Sie konnten sich voll behaupten und in 160 Landgemeinden wurde die Zahl der sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder von 275 auf 448 gesteigert, was eine Vermehrung von über 60 Prozent bedeutet. Aus 50 Orten stehen die genauen Ziffern noch aus.

SPD. Der von den Regierungsparteien am Donnerstag im Reichstag eingebrachte Initiativ-Antrag lautet :

"Der Reichstag wolle beschliessen, folgendem Gesetzentwurf die verfassungsmässige Zustimmung zu erteilen :

"Gesetz zur ausserordentlichen Tilgung der schwebenden Reichsschuld.

Bei der Aufstellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan 1929 und des Haushaltsplans 1930 ist ein Tilgungsfonds zur Abdeckung der schwebenden Schuld des Deutschen Reiches einzustellen, der spätestens bis Ende des Rechnungsjahres 1930 den Betrag von 450 Millionen zu erreichen hat. Der Fonds ist aus Steuern und aus Einsparungen bei den Ausgaben zu bestreiten."

+ + +
Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat diesen Gesetzentwurf am Donnerstag in einer kurzen Fraktionssitzung gebilligt, nachdem die übrigen Regierungsparteien ebenfalls ihre Zustimmung erklärt haben. Wenn dieser Fraktionsbeschluss in nahezu völliger Einmütigkeit zustande kam, so vor allem deshalb, weil die Sozialdemokratie immer verlangt hat, dass der Steuersenkung die Sanierung der Reichskasse und des Reichshaushalts vorangehen muss. Soweit der neue Gesetzentwurf diesem Ziel dient, ist die Sozialdemokratie mit ihm sachlich einverstanden. Soweit er darüber hinausgeht, wird sie bei den Entscheidungen über die Ausführung des Gesetzes alles tun, um ihren Standpunkt durchzusetzen. Es ist keine Frage, dass durch das Schuldentilgungsgesetz die Steuer-senkung ausserordentlich erschwert wird, zumindest dürften damit die uferlosen Pläne der bürgerlichen Steuerreformer für alle ernsthaften Menschen begraben sein.

SPD. Kiel, 19. Dezember (Eig. Drahtb.)

Das Grosse Schöffengericht in Kiel verkündete am Donnerstag-Mittag im Munitionsschieberprozess folgendes Urteil:

"Alle Angeklagten werden freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last."

Gleichzeitig wurde folgender Beschluss verkündet: "Die Begründung des Urteils findet in nichtöffentlicher Sitzung statt, da durch Verkündung in der Öffentlichkeit die Staatssicherheit gefährdet werden könnte."

+ + +
Die Munitionsschieber sind fast durchweg deutschnationale Parteigänger. Angesichts dieser Tatsache und der allgemeinen Einstellung unserer Justiz

braucht man sich über den geradezu skandalösen Freispruch nicht zu wundern; Wir glauben jedoch annehmen zu sollen, dass die Affäre mit diesem Freispruch ihren Abschluss noch nicht gefunden hat.

SPD. London, 19. Dezember (Eig. Drahtb.)

Macdonald teilte im Unterhaus mit, dass König Georg V. an der Eröffnungssitzung der Seeabrüstungskonferenz am 21. Januar in London teilnehmen und die Eröffnungsrede halten wird.

SPD. Leipzig, 19. Dezember (Eig. Drahtb.)

In der Streitsache der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei im Preussischen Landtag gegen das Land Preussen wegen Teilnahmeberechtigung der Beamte am Volksbegehren fällte der Staatsgerichtshof heute morgen folgende Entscheidung:

"Die in Artikel 130 Absatz 2 der Reichsverfassung den Beamten gewährleistete Freiheit ihrer politischen Gesinnung umfasst das Recht, sich bei einem zugelassenen Volksbegehren ohne Rücksicht auf dessen Inhalt einzutragen und beim Volksentscheid abzustimmen. Die weitergehenden Anträge werden abgewiesen."

In der Begründung heisst es: Der Staatsgerichtshof nimmt in dem vorliegenden Falle eine Verfassungsstreitsache an. Verfassungsstreitigkeiten im Sinne der Verfassung seien nicht nur Streitsachen innerhalb der Organe der Staatsgewalt. Der Gesichtspunkt der Verfassungswidrigkeit müsse hier ausscheiden. Die Kundgebungen der preussischen Regierung hätten einen Zustand geschaffen, der die Beamten in ihren Volksrechten beschränke. Zur Führung dieser Verfassungsstreitigkeit sei die Klägerin als Trägerin des Volksbegehrens berechtigt. Zwar sei das Volksbegehren eine Reichsangelegenheit, aber in dieser Sache seien auch Landesstellen tätig gewesen, und diese Tätigkeit könne zu einer Verfassungsstreitigkeit führen. Dies sei hier der Fall. Inwieweit die preussische Regierung auf die Beamten eingewirkt habe, sie vom Volksbegehren abzuhalten, könne dahingestellt bleiben. Die Durchführung des Verfahrens beruhe auf Artikel 73 der Reichsverfassung. Ihrem Schutz diene ebenso Artikel 130 Absatz 3. Er gewährleiste den Beamten die politische Meinungsfreiheit. Die in Artikel 130 Absatz 2 den Beamten gewährleistete Freiheit, ihre politische Meinung zu äussern, finde allerdings ihre Schranken in den besonderen Pflichten, die die Beamten bei der Werbetätigkeit zum Volksbegehren zu beachten haben. Hier komme es auf die staatsrechtliche und politische Bedeutung an. Die Eintragung zum Volksbegehren sei nach Artikel 126 der Reichsverfassung keine Petition an die Regierung, sondern Volksgesetzgebung, die keiner beamtenrechtlichen Bindung unterliegt. Die Teilnahme am Volksbegehren und Volksentscheid stehe demnach allen Beamten frei. Darüber hinaus jedoch gewähre sie keinen Schutz, insbesondere könne jede Werbetätigkeit eine Verletzung der Beamtenpflichten hervorrufen und deshalb nicht mit den Beamtenrechten in Einklang zu bringen sein. Ob der Inhalt eines Volksbegehrens derart sei, dass die Beamten über Eintragung und Stimmabgabe hinaus wirken könnten, sei im Einzelfalle von den Disziplinargerichten zu entscheiden. Alle anderen Anträge der Klägerin müssten abgewiesen werden.

+ + +
Die deutschnationale Presse tut auf Grund dieses Urteils und seiner Begründung, als habe die deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtages einen 100 prozentigen Sieg über die Preussische Staatsregierung davongetragen, als sei nunmehr authentisch festgestellt, dass Preussen Verfassungsverletzungen begangen und durch ein unzulässiges Verbot des Einzeichnens zum Volksbegehren die Beamten terrorisiert habe. Hier ist wieder einmal der Wunsch

der Vater des Gedankens.

Was wollte die deutschnationale Fraktion? Ihr Antrag an den Staatsgerichtshof lautet :

"Es ist mit der Verfassung nicht vereinbar, dass das Preussische Staatsministerium den preussischen Beamten auf dem Dienstwege eröffnet hat, ihr Eintritt für das Volksbegehren, gleichviel in welcher Form, sei mit den Beamtenpflichten nicht vereinbar."

Diese Feststellung zu treffen hat der Staatsgerichtshof ausdrücklich abgelehnt. Ausserdem wollten die Antragsteller ausgesprochen wissen, dass die Beamten ungehindert für Volksbegehren und Volksentscheid agitieren könnten, sofern sie nicht im Einzelfalle durch die Art und Form ihres Eintretens die besonderen Beamtenpflichten verletzen. Auch dieses Verlangen hat der Staatsgerichtshof ausdrücklich zurückgewiesen.

Was also bleibt von dem ganzen deutschnationalen Tamtam übrig? Um das genau zu erfahren, vergleiche man den Urteilsspruch des Staatsgerichtshofes mit den deutschnationalen Wünschen und dann ergibt sich, dass sich die Preussische Staatsregierung zu den in dem Urteil des Staatsgerichtshofs angeschnittenen Fragen überhaupt noch nicht geäußert hat. Ministerpräsident Braun liess in Leipzig vielmehr ausdrücklich erklären, dass die Staatsregierung zu diesen theoretischen Fragen erst nach Abschluss der Hugenberg-Aktion Stellung zu nehmen gedenke. Bestand unter diesen Umständen überhaupt ein Verfassungskstreit, der die Voraussetzung für ein Urteil bildete, wie es der Staatsgerichtshof gefällt hat? Wir möchten das jedenfalls ernsthaft bezweifeln. Auch darüber, ob der Staatsgerichtshof seine Zuständigkeit und die Befugnis der Klägerin, ihn anzurufen, mit Recht bejaht hat, wird man verschiedener Meinung sein können.

SPD. London, 19. Dezember (Eig. Drahtb.)

Wohl selten ist eine kritischere politische Lage in der Öffentlichkeit mit grösserer Gleichgültigkeit verfolgt worden, als die schwierige Lage, in der sich die Arbeiterregierung seit der entscheidenden zweiten Lesung der Kohlen-gesetzgebung befindet.

Die Konservativen haben die Verwerfung des Gesetzentwurfes beantragt, die Liberalen mit einem gleichen Vorgehen gedroht, falls die im Verlauf der Debatte zu erteilenden Antworten der Regierung nicht befriedigend ausfallen sollten. Trotzdem befindet sich in der Presse und in der Öffentlichkeit niemand, der ernsthaft an eine Niederlage der Regierung in der in der Nacht zum Freitag erfolgenden Schlussabstimmung glaubt. Dabei haben Konservative und Liberale die denkbar grössten Anstrengungen gemacht, um alle ihre Abgeordneten zur Schlussabstimmung heranzuholen. Die konservativen Einpeitscher haben sämtliche Abgeordnete noch in letzter Stunde telegraphisch aufgefordert an der Abstimmung teilzunehmen. Auch die liberalen Gegner des Entwurfes waren nicht weniger aktiv. Sie drohen mindestens 40 liberale Abgeordnete gegen die Regierung einzusetzen, falls Macdonald nicht noch in letzter Minute Konzessionen gegenüber der liberalen Kritik machen sollte. Immerhin wird allgemein angenommen, dass sich genügend konservative und liberale Abgeordnete von der Abstimmung fernhalten werden, um eine Majorität von 30 bis 50 Stimmen für die Arbeiterregierung zu ermöglichen.

Der Eindruck, dass es der Opposition nicht daran gelegen sei, die Regierung zu stürzen, wurde zu Beginn der Unterhaussitzung durch zwei, das Gefecht eröffnende Reden, der Rede des konservativen Abg. King und der des liberalen Führers Lloyd Georges verstärkt, trotzdem sie nach aussen einen scharfen Angriff gegen die Regierung darstellten. Lloyd George bezeichnete das Gesetz als unwahrscheinlich schlecht, es bringe staatliche Einmischung ohne staatlichen Schutz. Als erster Redner der Arbeiterpartei führte der Bergarbeiterführer Wernon Heartshorn einen vernichtenden Gegenstoss gegen Lloyd George's Kritik.

SPD. Der Erfolg, den Reichsbankpräsident Dr. Schacht durch die Verhinderung der Auslandsanleihe gegenüber der Reichsregierung errungen hat, gab am Donnerstag zu Gerüchten über den Rücktritt des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding und des Staatssekretärs Dr. Popitz Anlass.

Es ist demgegenüber festzustellen, dass in den Besprechungen der Parteiführer am Donnerstag nachmittag von keiner Partei die Frage des Wechsels der leitenden Persönlichkeiten im Reichsfinanzministerium aufgeworfen worden ist. Ferner ist auch anzunehmen, dass eine derartige Absicht auf Widerspruch gestossen wäre, da der Erfolg des Herrn Schacht nicht nur gegenüber dem Reichsfinanzminister, sondern der Gesamtregierung gegenüber erzielt wurde. Das Kabinett hat die Massnahmen des Reichsfinanzministeriums stets gebilligt und musste sich infolgedessen auf den Standpunkt stellen, dass es als ganzes für sie verantwortlich sei.

Ausserdem ist darauf hinzuweisen, dass ein Wechsel in der Leitung des Reichsfinanzministeriums mit Rücksicht auf die im Januar in Aussicht stehenden Reparationsverhandlungen im Haag sehr starke Bedenken hervorruft. In der Hand des Reichsfinanzministeriums laufen die Fäden über die Reparationsverhandlungen zusammen. Man müsste bei einem Wechsel also mit gewissen Schwierigkeiten, vielleicht sogar mit der Vertagung rechnen. Daran hat Deutschland kaum ein Interesse.

SPD. London, 19. Dez. (Eig. Drahtb.)

MacDonald und Schatzkanzler Snowden wurden am Donnerstag in feierlicher Zeremonie zu Ehrenbürgern der City von London, die nach wie vor einen eigenen Stadtcharakter mit eigener Verwaltung besitzt, ernannt.

In der Rede, die Snowden anlässlich des Festaktes hielt, kam er auf seine Haltung im Haag zu sprechen und betonte, dass sie lediglich von Grundsätzen der Gerechtigkeit diktiert worden sei. Die Regierungen würden in einigen Tagen wieder im Haag zusammentreten, um in einer freundlicheren Atmosphäre das Werk fortzusetzen. Er hoffe, dass diese zukünftigen Haager Besprechungen einen neuen Wendepunkt in der Geschichte des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaues Europas darstellen werden.

+ + +
Die englische Regierung veröffentlicht eine kurze Erklärung, in der es heisst dass die von Paris ausgehenden Gerüchte, nach denen Schatzkanzler Snowden den Wunsch haben soll, in das Haager Abkommen Sanktionsklauseln aufzunehmen, jeder Grundlage entbehren.

SPD. Der "Sturm auf das Berliner Rathaus", der von den Kommunisten für Donnerstag nachmittag unter der harmlosen Parole einer Erwerbslosendemonstration angesetzt worden war, ist kläglich gescheitert. Der Parole folgten überhaupt fast nur eingeschriebene kommunistische Mitglieder. Sie versammelten sich auf verschiedenen Berliner Plätzen und versuchten dann in kleinen Trupps, entsprechend der Parole des Berliner Bezirksvorstandes der Kommunisten zum Rathaus vorzudringen. Hier versammelten sich nach und nach etwa 3 bis 400 jugendliche, kaum der Schule entlassene Elemente. Als sie zu gröheln begannen und die Polizei beschimpften, wurden sie auseinandergetrieben. Kurze Zeit darauf herrschte auch in der Umgebung des Rathauses vollkommene Ruhe.

Ein kleiner unerheblicher Zusammenstoss zwischen Kommunisten und Polizei war lediglich am Bahnhof Alexanderplatz zu verzeichnen. Als die Polizei ihre Gummiknüppel zog, suchten die kommunistischen Hetzer auch hier bald das Weite.

SPD. Die Generalversammlung der Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft genehmigte am Donnerstag im Gegensatz zu den Beschlüssen des Aufsichtsrats die von dem Magistrat in Aussicht genommene Tarifierhöhung für alle Verkehrsmittel von 20 auf 25 Pfennig.

Reichstags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 19. Dez. (Eig. Bericht.)

Bewegte Stunden im Reichstage. Zwar ruhige Verhandlungen im Plenum, aber in der Wandelhalle und vor den Ausschusszimmern ein Gewimmel von lebhaft diskutierenden Menschen. Die Tabakindustrie und der Tabakhandel haben mobil gemacht. Aus allen Gegenden des Reiches eilen Deputationen nach Berlin. Die Abgeordneten werden aus ihren Wahlkreisen von Interessenten telegraphisch, brieflich und persönlich bestürmt. Lebhaft wird überall im Hause über die Tabaksteuer verhandelt. Dazu sorgenvolle Gespräche über die Kassenlage des Reiches. Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt Hilferdings schwirren durch das Land. Im Reichstage selbst ist von einer solchen Absicht Hilferdings nichts bekannt. Um elf Uhr war die Eröffnung des Reichstages anberaumt. Es sollte die erste Dauersitzung werden, damit das Parlament noch im Laufe dieser Woche schliessen kann. Die Beratungen mussten aber schon nach einer knappen Stunde abgebrochen werden, weil die Berichte der Ausschussverhandlungen über die Zollvorlagen noch nicht gedruckt waren.

Als die Sitzung um elf Uhr begann tagten mehrere Ausschüsse, sodass der Saal nur schwach besucht war. Das benutzten die Nationalsozialisten und Kommunisten zu einem Ueberrumpelungsversuch. Sie machten einen kleinen Vorstoss zur Obstruktion. Die Nationalsozialisten bezweifelten die Beschlussfähigkeit des Hauses. Auf die Sirensignale hin eilten aus allen Zimmern die Abgeordneten herbei. Das Haus war sofort beschlussfähig. Nun verlangten die Kommunisten zwei Stunden Redezeit für das Sofort=Programm (Tabak=Steuer und Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung). Das Haus bewilligte eine Stunde. Dann beantragten die Kommunisten den Reichsfinanzminister herbeizuholen. Präsident Löbe machte darauf aufmerksam, dass es sich um einen Initiativ=Gesetzesentwurf aus dem Hause handle. Es sei üblich, dass an solchen Beratungen die Regierung sich nicht führend beteilige. Der kommunistische Antrag wurde abgelehnt.

Das Haus trat nun in die sachlichen Beratungen ein. Es handelt sich um Erhöhung der Banderolen=Steuer für Zigaretten von 30 auf 33 v.H., auf Erhöhung der Steuer auf Feinschnitt=Tabak um 35 v.H., auf Pfeifentabak um 75 v.H., auf Kautabak um 100 v.H. und Zigarettenpapier um 25 v.H. Ausserdem steht die Erhöhung zur Arbeitslosenversicherung um einhalb v.H. befristet bis zum 30. Juni 1930 zur Beratung. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hertz begründete die Anträge in wenigen Sätzen. Ueber die Tabaksteuer müsse zunächst im Ausschuss beraten werden, über die Arbeitslosenversicherung sei im Herbst eingehend geredet worden. Der kommunistische Abg. Ende, am 1. Mai berühmt geworden, weil er die kommunistische Frontstellung tapfer in der Excelsior=Diele hielt, phantasierte schreiend eine Stunde lang. Das Haus war weit geleert, auch die kommunistische Fraktion zeigte mehr Lücken als Personen. Entsprechend dem Antrag des Abg. Dr. Hertz wurde die Tabaksteuer=Vorlage zur sofortigen Beratung an den Ausschuss verwiesen. Die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wurde im Hammelsprung mit 225 gegen 137 Stimmen angenommen. Dass es sich dabei keineswegs, wie die Kommunisten behaupten, um eine arbeiterfeindliche Massnahme handelt wird dadurch bewiesen, dass nicht nur die Wirtschaftspartei geschlossen gegen die Beitragserhöhung stimmte, sondern auch eine ganze Reihe von kapitalistischen Vertretern in der Deutschen Volkspartei, so u.a. Dr. Zapf, Hofrat Bickes, Leuthäuser, Kardorff und andere mehr.

Die Sitzung wurde dann zunächst auf vier Uhr und später auf nachmittags sechs Uhr vertagt. Zwischendurch trat die sozialdemokratische Fraktion zusammen.

+ + +

Um 18 Uhr begann die Abendsitzung. Die Kommunisten verlangten Absetzung der Zollvorlage von der Tagesordnung. Die Deutschnationalen leisteten ihnen Hilfsstellung, indem sie zwei Stunden Redezeit beantragten. Beide Anträge wurden abgelehnt. Mit einer Redezeit von einer Stunde wird in die Verhandlungen eingetreten.

Die Sozialdemokratie liess eine formulierte Erklärung durch den Abg. Robert Schmidt abgeben. Er hob hervor, dass unter dem Einfluss der Sozialdemokratie die deutsche Zollpolitik einen entscheidenden Bruch mit ihrer Praxis vollziehe, einseitig die Lasten der Zölle auf die Verbraucher zu legen. Die Sozialdemokratie wisse, dass Produktionspolitik auch im Interesse der Verbraucher notwendig ist. Sie will der Landwirtschaft die für Aufwendungen und Arbeit notwendigen Preise gewähren. Aber sie will zugleich eine nicht notwendige Belastung der Verbraucher hintanhaltend. Darum hat sie durchgesetzt, dass die Getreidezölle je nach der Preisbildung auf dem Getreidemarkte herabgesetzt oder erhöht werden sollen. Die Sozialdemokratie will eine Stabilisierung der Getreide- und Brotpreise. Darum hat sie einen Durchschnittspreis vorgesehen, der verhindert, dass der Brotpreis über die durchschnittliche Höhe der letzten Jahre steigt. Feste Preise sind sowohl für den Landwirt, wie für den Verbraucher von Vorteil. Die Sozialdemokratie stimmte auch der Absicht zu, anstelle ausländischer Gerste die deutschen Roggen-Überschüsse zu verfüttern. Wenn die Sozialdemokratie einem Schutz und einer Hebung der Schweinewirtschaft zustimmt, so dient sie damit zugleich Millionen Bauern und Landarbeitern, die Schweine füttern. Geholfen werden kann der Landwirtschaft aber nicht durch Zölle allein. Es muss dafür gesorgt werden, dass sich die Produktion den Marktverhältnissen anpasst. Die Industriezölle lehnt die Sozialdemokratie aber ab, ausgenommen den Aluminium-Zoll, nachdem das Auswärtige Amt erfolglos bei den anderen Aluminium produzierenden Ländern auf allgemeine Zollfreiheit hingewiesen hat. Ein Preiserhöhung wird der Aluminium-Zoll nicht herbeiführen. Schmidt schloss mit dem Hinweis auf das grosse wirtschaftspolitische Ziel eines europäischen Zollkommens und später einer europäischen Zollunion.

Das Haus hörte diese grosse und wichtige programmatische Erklärung der deutschen Arbeiterpartei mit gespannter Aufmerksamkeit an. Es folgte der deutsche nationale Grossagrарarier Stubbendorf. Für ihn reichen die Zölle natürlich nicht aus. Er behauptet, dass auch nach der neuen Zollgesetzgebung die landwirtschaftlichen Preise weit unter dem Index blieben. Immerhin bringt es dieser agrarische Demagoge nicht fertig, in dieser Stunde die alte Lüge von der Bauernfeindlichkeit der Sozialdemokratie hervorzusuchen. Zu deutlich sprechen die Tatsachen gegen diesen Schwindel. Dankbar wollen wir eine Anerkennung Stubbendorfs festhalten: er sagte, dass die Sozialdemokratie ihre Macht gegenüber den anderen Koalitionsparteien gerade in der Zollpolitik mit Erfolg ausgeübt habe.

Dann stand ein Wirtschafts-Philosoph am Rednerpult, der Zentrumsabgeordnete Professor Dr. Dessauer. Seine tiefe und weitschauende Rede war auch für den politischen Gegner ein Genuss. Sie stand weit über dem sonst im Parlament üblichen Niveau. Er unterstrich die geschichtliche Bedeutung dieser Stunde. Nie in den vergangenen Jahrzehnten habe eine Regierung ein solches Hilfswerk für die deutsche Landwirtschaft begonnen, wie diese Regierung der Republik, in der die deutschen Arbeiter einen grossen Einfluss haben. Wir wissen, dass die Arbeitermassen in Deutschland Not leiden. Trotzdem haben die notleidenden Arbeiter dem notleidenden Bauern ihre helfende Hand nicht versagt. Das möge nicht vergessen werden - so wendet sich Dessauer an die Rechte. Die aber schweigt.

Nach Dessauers Rede ein furchtbarer Herabsturz. Der Kommunist Hörnle, einst Kandidat der Theologie, jetzt jammervoller Theoretiker in Landwirtschaftsfragen, hält zum hundertsten oder zweihundertsten Male dieselbe Zollrede, die er im Lande draussen genau so wie im Reichstags seinen bedauernswerten Zuhörern vorsetzte.

Hakenkreuzler vor Gericht.

Von unserm Sonderberichterstatter.

SPD. Schweidnitz, 19. Dez. (Eig. Drahtber.)

In dem Schweidnitzer Landfriedensbruch-Prozess beantragte der Staatsanwalt am Donnerstag gegen 12 Angeklagte Gefängnisstrafen zwischen 6 Monaten und einem Monat, gegen zwei der Angeklagten 200 bzw. 600 Mark Geldstrafe. Für zwei Angeklagte lautete der Antrag des Staatsanwalts wegen Mangels an Beweisen auf Freispruch.

Als Antwort auf eine nationalsozialistische Kundgebung in Schweidnitz veranstaltete die Sozialdemokratie Ende September eine Versammlung mit dem Reichstagsabgeordneten Wendemuth als Redner. Die Versammlung war kaum eröffnet, als die Nationalsozialisten einen wüsten Tumult entfachten, der schliesslich in eine blutige Schlägerei ausartete. Etwa 50 Personen wurden zum Teil schwer- bzw. -leicht verletzt. Das Inventar des Versammlungslokals wurde restlos demoliert.

Die Urheber dieser Auseinandersetzungen, 16 Nationalsozialisten, stehen zur Zeit in Schweidnitz vor Gericht. Sie haben sich wegen Landfriedensbruchs und anderer Delikte zu verantworten. Alle Angeklagten sind in voller Uniform erschienen. In der gehässigsten Form sprechen die zum grossen Teil eben aus der Schule entlassenen, ahnungslosen Menschen von der Republik, ihren Beamten und allem, was nicht auf Hitler schwört. Ihre Partei lehne jede Gewalt ab und führe nur den Kampf mit "geistigen" Waffen. "S.A." bedeute Sportabteilung und nicht - wie es festgestellt worden sei - Sturmabteilung. Im übrigen verbiete ein ausdrücklicher Befehl Hitlers den Besitz von Waffen.

Am ersten Verhandlungstage erzählten die Angeklagten aus ihrem Leben. Ihr Lebenslauf zeigt, dass es sich um politisches Treibholz handelt, um Menschen, die ewig zwischen links und rechts pendeln und sich immer dort einfinden, wo es was zu "holzen" gibt. Natürlich versuchen alle, die Schuld von sich abzuwälzen und Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei bzw. des Reichsbanners zu belasten. Aus den Zeugenaussagen ergibt sich jedoch, dass die Justiz diesmal den richtigen Griff getan und die wirklichen Urheber der blutigen Schlägerei auf die Anklagebank gesetzt hat. Eine Frau Fischer erklärt z.B. als Zeugin, dass der Saalschutz des Reichsbanners wiederholt zur Ruhe mahnte. Dennoch erschallte von nationalsozialistischer Seite schliesslich das Kommando: "Mützen auf!" und wie die Rasenden schlugen die Nationalsozialisten mit Tischen, Stühlen, Gläsern um sich. Einige Frauen retteten sich durch die Flucht vor einem Hagel von Wurfgeschossen in einen Nebenraum. Angstvoll hielt die Zeugin Frau Fischer die Tür zu, während draussen die Nazis weiter tobten und schliesslich auch den Nebenraum mit den Worten zu stürmen suchten: "Aufgemacht, hier sind auch noch solche verfluchten Bestien!" Der Kaufmann Wilhelm Angenendt hat gesehen, dass die Nationalsozialisten sehr geschickt im Saal verteilt waren. Von den Vorgängen gibt er die gleiche Schilderung, wie die Zeugin Fischer. Mit eigener Gefahr hat er seine Frau vor dem politischen Janhagel geschützt. Die Verteidigung will ihm zum "früheren Kommunisten" stempeln, worauf der Zeuge sich als langjähriges Mitglied des Marinevereins ausweist.

Auf die als Zeugen vernommenen Reichsbannerkameraden haben zeitweise nicht weniger als zehn Mann auf einmal eingeschlagen. Einer ging nach Hause, als es Verwundete gab, um Hilfe zu bringen. Als er mit dem Abzeichen der Arbeitersa-

mariter wiederkam, wurde er mit wüsten Schimpfworten hinausgehauen. Der Nazi-Landwirt Lütt, jetzt politischer Agitator Hitlers, erklärte, die Nationalsozialisten seien noch viel zu human vorgegangen. Im übrigen machte er den Staat und seine Symbole nach Kräften verächtlich. Seine Aussage veranlasste die Verteidigung der Rowdys gegen die als Zeugen vernommenen und vereidigten Reichsbannerleute ein Meineidverfahren anzukündigen.

Langsam vervollständigt sich das Charakterbild der Nazis. Sie sind auf Befehl aus der ganzen Umgegend angerückt, wie entsprechende Anordnungen ergeben. Sogar ein Sanitätsauto brachten sie mit. Ausdrücklich wird in der Vernehmung des Zeugen Hoppe festgestellt, dass die Einladungen zur Versammlung nur in Schweidnitz ausgegeben wurden. Auswärtige Gruppen der Nazis können nur von Nationalsozialisten aus Schweidnitz benachrichtigt worden sein. Merkwürdig, dass die Verteidigung, die gern dem Saalschutz die Provokation zuschieben möchte, selbst an Hoppe geschrieben hat, es "sei kaum von einem Teilnehmer bemerkt worden, dass überhaupt Saalschutz vorhanden gewesen sei." Die Nationalsozialisten von auswärts wissen natürlich von nichts; alles hat sich rein zufällig ergeben. Man hätte gehört und ist aus Disziplin gekommen, ja, sogar, ohne zu wissen, dass eine Versammlung war. Wendemuth bestätigt als Zeuge, dass er bereits vor der Versammlung die wüstesten Schmähbriefe mit Morddrohungen und Hakenkreuzen erhalten habe und schildert den bekannten Verlauf der Versammlung. Sechs Nationalsozialisten seien auf die Bühne gestürzt und hätten ihn und Hoppe verletzt. Stühle seien ihre Waffen gewesen. Hoppe und ihm wären Aktentaschen und Uhren geklaut worden; sie seien bis jetzt noch nicht wieder in ihren Besitz gelangt.

An einem der Verhandlungstage wird Adolf Hitler vernommen. Nur er entscheidet nach den Erklärungen des Verteidigers der Nazis. Nur, seinem Willen hat sich alles zu fügen. Die gefundenen Gebote seien Stilübungen einzelner Herren. Aber zum Entsetzen der Verteidigung bezeichnet Hitler gewisse Regeln: "Vor der Polizei weisst Du nichts" - als vollgültig und kennt auch "S.-A." nur als Sturmabteilung! Kurz vorher hat der Gaugeschäftsführer Brückner aber geschworen, es bedeute "Sportabteilung!" Pech in der Regie. Wo bleibt hier der Meineid!? Dem grossen Adolf, der eine Versammlungsrede von über einer Stunde hielt, assistiert sein Adjutant Hauptmann Pfeffer, dessen Pension die Republik bezahlt. Dafür greift er den Innenminister Preussens an, "dessen Namen er nicht aussprechen könne". Eine Niete, dieser Hitler nebst Gefolge, sogar eine Niete für die Verteidigung. Für die Schweidnitzer Spiesser erst recht. Sie haben sich um toure Eintrittskarten gerauft und abends war keine Hitlerversammlung: der Held war spurlos verschwunden.

Am Schluss der Beweisaufnahme zerstört auch die Schweidnitzer Polizei das Märchen von dem in den Saal geschleuderten Stuhl. Sie hörte das Kommando "Mitziehen auf", gebot dem Werfen von Biergläsern und Stühlen, das gleich darauf einsetzte, erfolglos Ruhe. Die Beamten wurden durch die Nazis selbst bedrängt; einer konnte nur auf einen Tisch lehnend sich die Rasenden mit der Pistole vom Leibe halten. Weshalb sich der Agitator Lütt im Gerichtssaal noch beschwert: "Ich bin von der Polizei mit der Pistole bedroht worden!" Mit den letzten Kräften rückt die Verteidigung an, hat aber Missgeschick. Die Garderobiere Spiller aus dem Versammlungslokal hat Nationalsozialisten sagen hören: "Auf diese Bluthunde haben wir schon lange gewartet." Ein Werkmeister Strehl traf die Hauptschuldigen nach ihrem "Siege" in einem anderen Lokal, wo sie sich die gestohlenen Utensilien Wendemuths zeigten: "Hier ist die Rede, die Wendemuth halten wollte!" und zum guten Ende stellt sich heraus, dass einer der Angeklagten vor Beginn der Versammlung die Damen seiner Couleur auf die Galerie expedierte - die Frauen der Reichsbannerleute fast ausnahmslos im Saale - mit dem Bemerkten: "Die Damen heute auf die Galerie; es wird Keilerei geben." Das Märchen von Gummiknüppeln des Reichsbanners bricht schliesslich ebenfalls kläglich zusammen. Der Zeuge Paul Vogt führt einen solchen "Gummiknüttel" vor. Es ist eine schwarzlackierte Stahlröhre zur Aufbewahrung einer Querpfeife.

Mit der Verlesung eines Siegetelegramms an Hitler, das auf Antrag des

Staatsanwalts bekanntgegeben wird, schliesst die Beweisaufnahme. Das "geschichtliche Dokument" lautet:

"Das Reichsbanner von Schweidnitz forderte zur öffentlichen Versammlung gegen die NSDAP. für heute auf. Zahlreiche Parteigenossen gingen mit unserem Diskussionsredner Lütt hin. Der Redner der SPD, Reichstagsabgeordneter Wendemuth, provozierte uns, und als unser Parteigenosse Lütt einen Zwischenruf machte und ihn aufforderte, sachlich zu sprechen, drang das Reichsbanner auf unseren Parteigenossen ein und schlugen ihm einen Stuhl über Kopf und Schulter. Die empörte Menge nahm sofort für unsern Parteigenossen Lütt Stellung und trieb Reichsbanner und Judenanhang zum Saal hinaus. Der tapfere Reichstagsabgeordnete verkroch sich unter der Bühne. Ein riesiger Demonstrationzug, Hitlerlieder singend, zog darauf durch die Stadt Ortsgruppe Schweidnitz."

Am Donnerstag begann die Staatsanwaltschaft mit ihren Plädoyers. Oberstaatsanwalt Schreiber betonte, dass es sich um keinen politischen Prozess handle und sich die Anklagebehörde um Objektivität von vornherein bemüht habe. Sie selbst habe Entlastungszeugen geladen. Die grossen Widersprüche bei den Zeugenaussagen seien erschreckend. Man werde sich daher nicht nur auf diese Aussagen, sondern vor allen Dingen auch auf vorgefundene Schriftstücke verlassen müssen. Staatsanwaltschaftsrat Loderhose führte aus, dass für eine vorbereitete Sprengung von langer Hand verschiedene Umstände sprächen, so der auffallend starke Besuch der Versammlung durch Nationalsozialisten, jedoch liesse sich die Vorbereitung nicht einwandfrei beweisen. Notwendig für das Delikt des Landfriedensbruchs sei, dass die Angeklagten das "Bewusstsein der Öffentlichkeit" gehabt hätten. Das sei hier nicht nachweisbar. Er müsse daher die Anklage wegen Landfriedensbruchs fallen lassen. Dagegen bleibt der Versuch der Sprengung in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung bestehen. Hier sei der Vorsatz ausser Zweifel. Unter keinen Umständen habe der Saalschutz zuerst angegriffen und selbst wenn es so gewesen sei, hätte er das Recht gehabt, gegen die Störenfriede vorzugehen.

Das Urteil ist voraussichtlich am Freitag zu erwarten.

SPD. Paris, 19. Dez. (Eig. Drahtber.)

Eine furchtbare Einsturzkatastrophe, die sieben Opfer forderte, hat sich am Mittwoch in Algier ereignet. Ein Neubau, der bereits bis zum zweiten Stockwerk fertiggestellt war, stürzte plötzlich zusammen, als die Arbeiten gerade im vollen Gange waren. Ein Maurer wurde unter den Trümmern begraben und konnte nur als Leiche geborgen werden. Sechs Bauarbeiter erlitten schwere Verletzungen. Die Feuerwehr konnte die Opfer erst vier Stunden nach dem Einsturz des Gebäudes unter den Trümmern hervorholen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Zwischen der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten haben im Laufe des Donnerstag Verhandlungen stattgefunden, die zu einem völligen Einvernehmen geführt haben. Infolgedessen ist in Ausführung des Punktes 14 des Finanzprogramms der Reichsregierung, die die Schuldentilgung betrifft, im Reichstag ein Initiativantrag der fünf in der Reichsregierung vertretenen Parteien eingebracht worden.

Die von der Reichsregierung mit dem amerikanischen Bankenkonsortium einleiteten Verhandlungen werden nicht weiter verfolgt. Die Beschaffung der notwendigen Kredite wird unter Führung der Reichsbank erfolgen.

Weihnachten - Wiederanstieg!

SPD. In Sowjetrussland wird Anti-Weihnachtspropaganda getrieben. In Deutschland würden die Kommunisten mit der Abschaffung des Weihnachtsfestes kaum bei ihren eigenen Anhängern Gegenliebe finden. Hat doch das Fest - weit über seinen religiösen Rahmen hinaus - längst bei uns den Charakter eines Volksfeiertages angenommen, an dem man sich beschenkt und versucht, soweit es die Verhältnisse gestatten, namentlich den Kindern und den Hilfsbedürftigen möglichst viel Freude zu bereiten.

Auch das Christentum hat ja das Weihnachtsfest nicht erfunden, sondern es aus uralten heidnischen und jüdischen Festtagen in seinem Sinne abgewandelt. Geht man auf den Ursprung aller dieser Feste zurück, so erkennt man Weihnachten als das Fest der Wintersonnenwende. Bis zu diesem Tage ist die Sonnenbahn täglich kürzer und kürzer geworden. Nun beginnt das Licht, das lebensspendende Element, wieder zu wachsen. Alle Völker der kälteren Zonen haben seit jeher dies Ereignis als frohen Festtag begrüßt, gab doch das Anwachsen des Lichtes - noch mitten im kältesten Winter - die Gewissheit des künftigen Frühlings und Sommers. Deshalb hat das Christentum die Geburt des Heilands, des "Lichtes der Welt", auf die Wintersonnenwende verlegt.

So stellt sich Weihnachten uns dar als der erste, kaum erst bemerkbare Wiederanstieg, nachdem ein Tiefpunkt der Entwicklung in der Natur erreicht ist. Fast symbolisch für die Umstände, unter denen wir in diesem Jahre das Weihnachtsfest begehen. Auch unser wirtschaftliches Leben war während des verflossenen Halbjahres in dauernder krisenhafter Rückentwicklung begriffen, die gerade um die Weihnachtszeit ihren bedenklichsten Stand erreicht hat. Diese Rückentwicklung zeigt sich für die Arbeiterschaft in der wachsenden Zahl der Arbeitslosen und in dem weichenden Lohnniveau, für die Gesamtheit gewinnt sie ihren sinnfälligsten Ausdruck in der ausserordentlich gespannten, fast bedrohlichen Lage der Reichsfinanzen.

Woher ist dieser Rückgang zu erklären? Zum Teil geht er parallel mit einer allgemeinen Verschlechterung der Weltkonjunktur, von dem selbst das bisher in "Prosperity" (Wohlstand) schwimmende Amerika ganz empfindlich getroffen wurde. Zum andern Teil aber ist es, speziell für Deutschland, die konsequente Auswirkung gewisser aussenpolitischer Vorgänge. Noch immer steht Deutschland, wenigstens formell, unter dem Dawesplan, da der Youngplan erst im Januar auf der Haager Konferenz zur definitiven Annahme gelangen soll. Jedenfalls haben sich die Erleichterungen des Youngplans für das Jahr 1929 noch in keiner Weise auswirken können, wir haben die volle Daweslast zu tragen gehabt, die zweifellos über die deutsche Zahlungskraft hinausgeht. Um die volle Dawesannuität von 2 1/2 Milliarden zahlen zu können, befinden sich unsere Finanzen seit Jahr und Tag im Zustand der äussersten Spannung, ja der Ueberspannung.

Dieser Zustand ist, was nicht nachdrücklich genug betont werden kann, bereits unter dem alten Reichstag und seiner deutschnationalen Rechtsregierung eingerissen. Der scheinbar ausbalancierte Etat, den die Bürgerblockregierung hinterliess, war ein Scheinetat, aus dem alle stillen Reserven ausgeschöpft, in dem die Einnahmen optimistisch hoch, die Ausgaben optimistisch niedrig angesetzt waren. So hat dieser auf dem Papier ausbalancierte Etat denn auch mit einem tatsächlichen Defizit von 150 Millionen abgeschlossen. Mit einer stärkeren Belastung des Jahres 1929, das zugleich infolge der Wirtschaftskrise einen Einnahmerückgang brachte, wuchs das Defizit weiter. Es trifft allerdings den jetzigen Reichstag die Schuld, nicht bereits im Mai, als zum ersten Mal das Defizit krisenhaft in Erscheinung trat, mit aller Energie den Etat ins Gleichgewicht gebracht zu haben. Doch darf zur Entschuldigung gesagt werden, dass man damals mit viel schnellerer Annahme und Wirksamkeit des Youngplans gerechnet hat. So ist die Wunde zum zweiten Male und schmerzlicher aufgebrochen. Die fi-

nanzielle Hilfsbedürftigkeit des Reiches gab Herrn Schacht willkommenen Anlass, sich als Diktator aufzuspielen und für sich als Reichsbankpräsident, der von Parlament und Regierung unabhängig ist, eine Machtbefugnis in Anspruch zu nehmen, die mit dem Begriff eines geordneten Staatswesens schlechthin unvereinbar erscheint.

Vorerst machte sich das Reichsdefizit für die gesamte Bevölkerung höchst unangenehm fühlbar durch die gebieterische Notwendigkeit, mit einem Sofortprogramm neue Reichseinnahmen zu schaffen und die Stabilität der Reichsfinanzen zu gewährleisten. Sicher wäre diese Aufgabe um vieles leichter gewesen, wenn nicht die liberale Presse durch monatelanges Geschrei die Suggestion einer bevorstehenden gewaltigen Steuersenkung in weitesten Bevölkerungsschichten hervorgerufen hätte. Die Sozialdemokratie hat demgegenüber immer darauf hingewiesen, dass auch nach Funktionieren des Youngplans von Steuersenkung keine Rede sein könne, da ein grosser Teil der Ersparnis zur Beseitigung des Defizits (Ausbalancierung des Reichshaushalts) benötigt wird und dann nur ein bescheidener Rest bleibt, der durch dringende soziale Bedürfnisse beansprucht wird. Es wird auch erst die Zukunft lehren, was von dem beabsichtigten Steuerab- und Umbau, auf den sich die Koalitionsparteien geeinigt haben, Wirklichkeit werden kann. Es ist bedeutend leichter, über so schwierige Pläne eine theoretische Einigungsformel zu finden, als sie den wirtschaftlichen und finanziellen Notwendigkeiten gegenüber durchzusetzen.

So sind alle Aussichten auf wirtschaftliche und finanzielle Besserung nur bedingte und entfernte. Trotzdem wird es fast zur Gewissheit, dass der Tiefpunkt der krisenhaften Schwierigkeiten in diesen Tagen durchschritten wird und es dann zwar langsam, aber stetig aufwärts gehen muss. Voraussetzung ist natürlich, dass im Januar der Youngplan wirklich in Kraft tritt. Gewiss werden die 700 Millionen Erleichterung, die er bringt, nicht entfernt dazu ausreichen, um allenthalben den fröhlichen Steuerabbau in die Wege zu leiten, von dem unsere Demokraten und Volksparteiler träumen. Um ihr Programm zu verwirklichen, müssten wir ungefähr das, was wir nach dem Youngplan an Zahlungen zu leisten haben, umgekehrt vom Auslande geschenkt erhalten! Aber - richtig verteilt, können diese 700 Millionen gleichwohl das Moment bilden, das in unsere Finanzen Stetigkeit bringe, und den Anstoss zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft bildet. Freilich werden die Anfänge der Besserung langsam sein. Auch auf Weihnachten folgen drei Monate Winter, ehe sich die ersten Anzeichen des Frühlings bemerkbar machen. Das erste geringe Wachsen des Lichts bringt noch keine Wärme. Aber die Minuten, um die der Tag sich verlängert, addieren sich, und eines Tages ersteht aus dieser Summe die Kraft, die Eis und Schnee hinwegschmilzt. So wollen auch wir in der Wintersonnenwende unserer Wirtschaft auf Zukunft und Frühling vertrauen. Wir sind es gewohnt und erleben es nicht zum ersten Mal, dass die Früchte internationaler Verständigung sehr - sehr langsam reifen. Aber vor die Wahl gestellt, ihr Reifen zu erharren oder uns in den Abgrund irgend einer Katastrophenpolitik zu stürzen, kann sich der Vernünftige nur für das erstere entscheiden. Wenn auch das Licht zu langsam wächst für unsere Ungeduld - es wächst!

SPD. Die Ziehung der Arbeiterwohlfahrtslotterie wurde am Donnerstag beendet. Gezogen wurden insgesamt 146 474 Gewinne im Gesamtwerte von 500 000 Mark. Der Hauptgewinn fiel auf Nummer 3939. Die Losinhaber erhalten sowohl in Klasse A wie in Klasse B je einen Gewinn in Höhe von 25 000 Mark. Zwei 10 000 Mark -Gewinne fielen auf Nummer 189 535. Die vier 2.500 Mark-Gewinne wurden auf die Nummern 678 592 und 238 490 gezogen. 1000 Mark-Gewinne erhielten noch die Nummer 507 428, 664 615, 452 500, 611 679, 1 535 743 und 373 600.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Immer noch !

SPD. Das öffentliche Gewissen arbeitet ruckweise. Es empört sich bei besonders krassen Misständen, aber es schläft ebenso rasch wieder ein. Die Strafrechtsreform wird im Reichstag langwierig beraten - aber die Justizmaschine arbeitet Tag für Tag im ältesten Stile weiter. Es gab eine Zeit, in der sich das öffentliche Gewissen gegen das empört hat, was man die Meineidsseuche nannte - nicht die Zahl der geleisteten Meineide, sondern die Anwendung der Meineidspargraphen durch die Gerichte. Seitdem ist wieder Ruhe eingetreten, ohne dass sich an der Praxis der Justiz etwas geändert hätte. Von diesem stillen Wirken erfährt die Öffentlichkeit erst drei Jahre später durch die Statistik und vielleicht von Zeit zu Zeit dadurch, dass sich ein Einzelner empört über einen Fall, den er aus der Nähe beobachtet hat. Vom neuen Geist der in die Justiz einziehen soll, ist leider in der Praxis nur zu wenig zu spüren!

Da ist ein Einzelfall aus Kiel, der den rückständigen Geist der Meineidsjustiz erkennen lässt. Das Schöffengericht hat eine Händlersfrau wegen Anstiftung zum Meineid zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Der Eid wurde geleistet in einem Bagatellprozess, der darum ging, ob ein einzelner Kohlkopf beim Verkauf auf einer Wage gewogen worden war oder nicht. Der Bagatellprozess endete damit, dass die Händlersfrau zu fünf Mark Gelstrafe verurteilt wurde. Weil sie aber eine Bekannte angestiftet hatte, auszusagen, dass der Kohlkopf nicht gewogen worden sei, erhielt sie zu den 5 Mark hinzu noch 1 Jahr Zuchthaus!

Dieser Kohlkopf ist eine klägliche und doch so treffende Illustration für unsere Meineidsjustiz. Wie muss ein solches Urteil auf die betroffene Frau wirken! Sie muss das Gefühl haben, als sei sie unter Wilde gefallen. Sie wird die Welt nicht mehr verstehen. Aber wie soll sie das auch - die Richter, die solche Urteile fällen, verstehen sie auch nicht! Muss denn schon geschworen werden, wenn es in einem Bagatellprozess um einen lächerlichen Kohlkopf im Wert von wenigen Pfennigen geht ?

Wie die Meineidsjustiz heute ist, gibt es für sie am Ende nur noch einen Vergleich: Die mittelalterliche Folter. Ist es nicht schliesslich ein und das selbe, wenn man einen Menschen eines Kohlkopfes wegen ein Jahr ins Zuchthaus sperrt, oder wenn man im Prozessverfahren ihm zur Erzwingung wahrheitsgemässer Aussagen die Arme ausrenkt? Der Unterschied ist nur der, dass wir bezweifeln möchten, ob man im Mittelalter wegen eines Kohlkopfes einen so hochnotpeinlichen Apparat in Szene gesetzt hätte, wie es die Justiz von heute beliebt!

Weissblau.

Es gibt immer noch Unentwegte in Bayern, obwohl Herr Hitler der Monarchie im allgemeinen und den Wittelsbachern im besonderen abgeschworen hat! Die weissblauen Königsbündler lassen sich nun einmal ihren Monarchismus nicht nehmen und so schickten sie das folgende Telegramm an ihren ungekrönten König Rupprecht nach Berchtesgaden :

"Das zorn- und schamerregende Berliner Schauspiel der letzten Tage vertieft in allen anständigen Bayern die Sehnsucht nach Wiederkehr der rechtmässigen Regierung und der damit von selbst gegebenen Wiederkehr bayerischer Eigenstaatlichkeit. Der Landestag des Königsbundes erneut ehrfurchtsvoll das Gelöb-
nis unwandelbarer Treue."

Die weissblauen Monarchisten wollen ihren "rechtmässigen König" wieder:

haben, damit er "Bayern aus der Bankrottwirtschaft des Reiches herausziehe", Du lieber Gott - Bayern ohne das Reich wäre längst bankrott, denn die bayerische Verwaltung hält sich nur noch über Wasser, dank der Zuschüsse, die sie vom Reich auf Kosten der übrigen deutschen Länder erhält. Wegfall dieser Zuschüsse, dazu die Kosten einer monarchischen Restauration - das könnte eine herrliche Eigenstaatlichkeit geben! Aber die Königsbündler sind ja so glücklich dass ihr weissblauer Monarchismus nur eine Sonntagsnachmittagsangelegenheit bleibt.

Sport à la Reichswehr, -----

Im Illustrierten Beobachter der Nationalsozialisten inseriert ein "Sporthaus Scharnhorst" in Hamburg seine Waren für die Hitlerleute - im Zeichen eines Hakenkreuzes, das von der Devise umgeben ist "Kauft nicht im Konsumverein". Dies Sporthaus Scharnhorst verhält sich zum wirklichen Sport wie die Sturmabteilungen der Nationalsozialisten zur harmlosen Sportabteilung. U.a. finden wir da angekündigt: Reichswehrmäntel, sehr gut erhalten 14,50 Mark, Reichswehrmäntel, fast neu 19,50 Mark.

An dieses Inserat lassen sich eine Reihe von Fragen anknüpfen: Verkauft die Reichswehr ihre Bekleidungsstücke an nationalsozialistische Handlungen? Findet dabei eine Bevorzugung statt? Wird es geduldet, dass Nationalsozialisten sich in Reichswehrebekleidungsstücke einkleiden und sich so ein militärisches Gepräge geben? Was geschieht, um einen Missbrauch dieser Reichswehrmäntel zur Täuschung der Öffentlichkeit durch nationalsozialistische Formationen zu verhindern?

Wird durch solchen Handel und solchen Gebrauch nicht bei den Hakenkreuzjünglingen die Illusion hervorgerufen, als seien sie so eine Art von heimlichen Verbündeten der Reichswehr, noch dazu, wenn solche Sportartikel durch ein Geschäft mit dem beziehungsreichen Namen Scharnhorst vertrieben werden?

Das sind Fragen, deren Beantwortung immerhin von öffentlichem Interesse wären.

Der vorsichtige Freiherr. -----

In der thüringischen Landeszeitung "Deutschland" vom 17. Dezember befindet sich ein Inserat eines ganz besonderen Patrioten. Ein gewisser Freiherr v. Beaulieu-Marconnay, der schon um seines Namens willen ganz sicherlich darauf Anspruch erheben kann, dass er berufenster Vertreter des Deutschtums ist, veröffentlicht folgendes:

"Urkunde. Für den traurigen Fall, dass beim Volksentscheid die Mehrheit des irreführten souveränen Volkes das Freiheitsgesetz ablehnen sollte und damit freiwillig oder ahnungslos sich selbst, Kinder und Enkelkinder endgültig und vollständig zu Heloten macht und in die Sklavenketten des Youngplanes fesselt, beurkunde ich hiermit meinen Kindern und deren späteren Nachkommen, dass ihr demaleinst berechtigter Fluch auf die heutige Generation nicht mich treffen kann: denn ich habe das Volksbegehren unterzeichnet und werde beim Volksentscheid am 22. Dezember selbstverständlich mit Ja für die Annahme des Freiheitsgesetzes stimmen."

Aus welcher sonderbaren Urkunde hervorgeht, dass sich die Patentpatrioten vom Schlage der Volksbegehrlar nicht mehr als Teile des einheitlichen deutschen Volkes fühlen, sondern als Deutsche ganz besonderer Art. Nun fehlt nur noch, dass nächstens die Herrschaften, die das Ilugenbergbegehren unterstützt haben, behaupten werden, sie müssten von rechts wegen von Steuern frei bleiben!

Deutscher Reichstag

120. Sitzung vom 19. Dezember 1929.

SPD. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung der von den Regierungsparteien zum Sofort-Programm eingebrachten Gesetzentwürfe auf Erhöhung der Tabaksteuer und auf Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Ein kommunistischer Antrag auf Herbeirufung des Reichsfinanzministers wird abgelehnt.

Abg. Dr. Hertz (Soz.) begründet die Anträge der Regierungsparteien und empfiehlt, die Erhöhung der Tabaksteuer dem Steuer-Ausschuss zu überweisen. Die Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung bedürfe einer Ausschussberatung nicht.

Abg. Ende (Komm.) bezeichnet das Sofortprogramm und die ganze Finanzreform als einen Raubzug gegen die arbeitenden Massen. Wenn es zu Unruhen in Deutschland komme, dann treffe die Verantwortung in erster Linie die Sozialdemokraten. Der Firma Reemtsma werde hier ein Staats-Monopol verschafft. Der Konzern schulde der Finanzverwaltung Millionen an Steuern und habe dadurch die Finanzverwaltung vollständig in der Hand.

Abg. Friedel (Wirtschaftsppt.) erklärt, seine Freunde würden sich die Stellung zur Tabaksteuer-Erhöhung bis nach der Ausschussberatung vorbehalten. Die Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung lehne die Wirtschaftspartei ab.

Damit schliesst die Aussprache - Die Tabaksteuervorlage wird dem Steuer-Ausschuss überwiesen.

Die Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung wird nach Ablehnung kommunistischer Änderungsanträge in zweiter Lesung durch Hammelsprung mit 225 gegen 137 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. -

Debattenlos angenommen wird dann ein Antrag Dr. Becker (D.Vp.), der die Vorlegung eines Weingesetzes verlangt. - Angenommen wird weiter ein Antrag der Regierungsparteien, wonach bei der Steuererhebung im Nachnahmeverfahren der Steuerpflichtige die Nachnahmekosten zu tragen hat. - Anträge auf Uferbefestigung an Elbe und Lühe werden dem Verkehrsausschuss überwiesen.

Um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr wird die Sitzung bis 4 Uhr unterbrochen mit Rücksicht auf den späten Eingang des Ausschussberichtes zur Zollvorlage.

In der Abendsitzung, deren Beginn wegen der Verhandlungen über das Finanzproblem um 2 Stunden hinausgeschoben wurde, steht auf der Tagesordnung die zweite Beratung der Zolltarifnovelle.

Abg. Torgler (Komm.) protestiert gegen die Beratung mit der Begründung, dass der handelspolitische Ausschuss noch wegen der Tabaksteuer sitze, also gerade die sachverständigen Mitglieder der Fraktionen zum grössten Teil von der Sitzung ferngehalten seien. Gegen die Stimmen der Kommunisten wird jedoch beschlossen, in die Beratung einzutreten.

Abg. Robert Schmidt (Soz.) verliest folgende Erklärung: Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist bereit, der Zollvorlage, so wie sie im Handelspolitischen Ausschuss beschlossen worden ist, zuzustimmen. Massgebend sind für sie dabei folgende Gesichtspunkte.

Die Zollvorlage stellt in ihrem agrarischen Teil einen radikalen Bruch mit der bisherigen Praxis der Agrarpolitik dar, Zollerhöhungen - einseitig zu Lasten der Verbraucher vorzunehmen. Die Sozialdemokratie erkennt an, dass die Preise einer Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse unbefriedigend sind und den Landwirten keine angemessene Vergütung für ihre Aufwendung und ihre Arbeit gewährend. Als Vertreterin der arbeitenden Volksmassen in Stadt und Land tritt die Sozialdemokratie für eine Preispolitik der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ein, die gleichzeitig den Produzenten die nötige Hilfe bringt und die Verbraucher vor einer unnötigen Verteuerung der Ernährung schützt. Gute Agrarpolitik und Volksernährungspolitik sind nicht Gegensätze, sondern eines ist nur durch das andere möglich.

Reichstag, Blatt 2.

Diesen Forderungen versucht die Vorlage bei den Getreidezöllen dadurch zu entsprechen, dass je nach der Preislage die heute bestehenden Zölle auf die Hälfte herabgesetzt oder auf das Eineinhalbfache erhöht werden können. Der Regierung ist dabei die Einhaltung eines Durchschnittspreises als Richtlinien mitgegeben, der etwa 135% der Vorkriegszeit entspricht. Damit ist die Gefahr gegeben, dass die Getreidepreise keine unangemessene Entwicklung gegenüber den sonstigen Preisentwicklung nehmen, und dass insbesondere die Brotpreise nicht über den Durchschnittspreis der letzten Jahre hinaus steigen können.

Eine Neubelastung der Verbraucher ist damit vermieden. Trotzdem wird die Landwirtschaft bei der Durchführung dieser Vorlage gegenüber dem heutigen Zustand wesentlich bessere Preise erhalten, da bisher Erzeuger und Verbraucher durch die übermäßigen Schwankungen der Getreidepreise, denen Brotpreise nur nach oben, nicht aber nach unten gefolgt sind, in gleichem Masse geschädigt wurden. Die Einschränkung der Preisschwankungen des Getreides, welche durch die Regierungsvorlage erreicht werden soll, führt Erzeuger und Verbraucher in gemeinsamem Kampf gegen Spekulation und übermäßige Zwischenhandelsgewinne zusammen.

Mit dieser Gestaltung der Getreidezölle ist dem deutschen Getreide, insbesondere dem Roggen bei guten Ernten der deutsche Markt gegen jedes Auslandskonkurrenz voll gesichert. Dagegen hat sich die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit und mit Erfolg dagegen gewehrt, das bestehende System der Exporterleichterung durch den Einfuhrschein wieder auszubauen. Finanziell und volkswirtschaftlich wäre es nicht tragbar gewesen, über den heutigen Wert des Einfuhrscheines hinaus Summen zu zahlen, die zwar den Charakter von Zollvergütungen tragen, trotzdem bei dem heutigen Umfang der Getreideausfuhr die Reichsfinanzen schwer belasten. Es wäre eine unerträgliche Verschwendung, wenn wir durch eine Bewertung des Einfuhrscheines in Höhe des Zollsatzes deutschen Roggen für 4.- bis 5.- Mark im Ausland verkaufen. Der Vorschlag der Regierungsvorlage, den Einfuhrschein auch bei hohen Zollsätzen nicht über den heutigen Wert zu steigern, ihn aber bei niedrigen Zollsätzen auf den Wert des jeweiligen Zollsatzes herabzusetzen, entspricht daher der objektiven wirtschaftlichen Erkenntnis. Ebenso stimmt die Sozialdemokratie der Absicht der Regierung zu, anstelle von ausländischer Gerste deutsche Roggenüberschüsse durch Verbilligungsprämien der Verfütterung dienstbar zu machen.

Auch den neuen Wegen, welche die Regierungsvorlage bei der Gestaltung der Schweinezölle beschreiten will, stimmt die Sozialdemokratische Fraktion durchaus zu. Für die mittlere Preislage sollen die heutigen Zollsätze aufrecht erhalten bleiben. Wird ein Preis von RM 85.- überschritten, so sollen die Zölle auf die Hälfte herabgesetzt werden, wird ein Preis um 70.- RM überschritten, so soll eine Erhöhung auf das Eineinhalbfache erfolgen. Diese Massnahme zeigt, dass es sehr wohl möglich ist, durch das Beschreiten neuer Wege den Verbraucher gegen eine übermäßige Fleischteuerung wirksam zu schützen und gleichzeitig dem Landwirt einen Schutz gegen einen übermäßigen Sturz der Schweinepreise zu geben, der wesentlich wirksamer ist, als jeder bisher versuchte Zollschutz. Ein solcher Schutz der Schweineproduktion ist umso notwendiger, als die Einnahmen aus dem Schweineverkauf der Haupteinnahmeposten in Millionen von Kleinbauern- und Landarbeiterfamilien darstellen. Die Sozialdemokratie ist sich dabei bewusst, dass durch Zölle allein, auch durch solche gestaffelten Zölle, die Beseitigung der übermäßigen Preisschwankungen bei den Schweinen nicht erreicht werden kann. Hand in Hand damit muss eine umfassende Aufklärung der Landwirtschaft über die Ursachen der Schweinepreisschwankungen und eine planmässige Propaganda mit dem Ziel einer besseren Anpassung der Schweineproduktion an den Bedarf des Marktes einhergehen.

Was die Industriezölle betrifft, so ist die Sozialdemokratische Fraktion der Meinung, dass eine Erhöhung der Industriezölle in weitgehendem Umfang, wie es geplant war, nicht tragbar ist, besonders im Hinblick auf die Beschlüsse der Internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf. Wenn sie trotzdem der Einführung eines Aluminiumzolls zustimmt, so geschieht es, nachdem das Auswärtige Amt erfolglos den anderen Aluminium produzierenden Staaten die allgemeine Einfüh-

Reichstag, Blatt 3.

rung der Zollfreiheit für Aluminium vorgeschlagen hatte, und nachdem die reichseigenen deutschen Aluminiumwerke vertragliche Garantien der verarbeitenden Industrie dafür geboten haben, dass keinerlei Preiserhöhungen für Aluminium eintreten werden.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion erwartet, dass die Reichsregierung ihre Bemühungen fortsetzt und in den Genfer Verhandlungen für die Herbeiführung eines europäischen Zollfriedens als Vorläufer eines allgemeinen Zollabbaues in der Welt wirkt.

Abg. Stubbendorff (Dn.) führt aus, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte lägen trotz der bisherigen Zollerhöhungen noch weit unter den Vorkriegspreisen. Der deutsche Markt sei übersetzt mit ausländischen Produkten. Das System der Gleitzölle sei bei der gegenwärtigen Lage des Weltmarktes nicht durchführbar. Die Gesamtbindung des Gesetzes sei für die Landwirtschaft gefährlich. Die endgültige Stellungnahme der Deutschnationalen Fraktion sei davon abhängig, ob den Deutschnationalen Verbesserungen entsprochen werde.

Abg. Dr. Bessauer (Ztr.) betont die weltwirtschaftliche Gesinnung des Zentrums. Die Vorlage sei ein grosses Hilfswerk für die deutsche Landwirtschaft (Widerspruch rechts). Bei den Industriezällen sei eine spätere Nachprüfung erforderlich. Diese müsse aber aus dem Gesamtaspekt der deutschen Wirtschaft erfolgen. In der Stunde, in der die Arbeiterschaft besonders stark in der Regierung vertreten sei, habe die Regierung sich dem Notruf der Landwirtschaft nicht verschlossen. Es sei ein historischer Augenblick, wenn der notleidende Bauer Hilfe finde bei dem Arbeiter, der doch selbst Not leide. Es sei keine Kunst, höhere Forderungen zu stellen. Masslose Forderungen aber gefährden das Gute.

Abg. Hoernle (Komm.) erklärt, das vorliegende Zollwuchergesetz sei nur der Anfang eines organisierten Raubzuges gegen die Masse der Verbraucher. Die bürgerlichen Parteien einschliesslich der Sozialdemokraten seien jetzt schon entschlossen, im Januar über weitere Zollerhöhungen zu beraten. Die Kommunisten würden das Volk zum Abwehrkampf gegen solche Pläne aufrufen.

Abg. Dr. Schneider - Dresden (D.Vp.) bedauert die schroffe Ablehnung der Vorlage durch den Abg. Stubbendorff. Die Volkspartei wünsche vom Reichsernährungsminister eine Erklärung, in welchem Umfang er von der Ermächtigung bezüglich der Roggen-Einfuhrscheine Gebrauch machen wolle. Es würde die Erklärung genügen, dass nicht an ein Monopol gedacht werde, sondern dass der freie Betrieb des Getreidehandels auch beim Roggen bestehen bleibe. Unmittelbar nach Weihnachten müsse der Reichstag beraten über den Zollschutz für eine ganze Reihe von Industrien (Unruhe b.d. Komm.) Nur so könne das Heer der Arbeitslosen vermindert werden.

Um 7 3/4 Uhr beantragt Abg. Torgler (Komm.) Vertagung der Sitzung. - Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Freybe (Wirtschaftspartei): Wir legen Protest ein gegen diese Art der Gesetzesmacherei. Monatelang hat die Regierung Zeit gehabt. Jetzt kommt sie kurz vor Toresschluss mit einem Entwurf, der durchgepeitscht werden muss. Gegen die Ueberschwemmung mit Auslandsprodukten muss der deutsche Markt durch ausreichende Zölle geschützt werden. Der Redner begründet verschiedene Aenderungsanträge zu den Fleisch- und Fettzöllen sowie eine Entschliessung zugunsten des freien Getreide- und Futtermittelhandels.

Das Haus tagt um 9 Uhr weiter. (Schluss durch Rundfunk).

Aus aller Welt

Auch eine Kriegserinnerung.

(Der Fastnachtseinbruch in das Züricher Konsulat.)

SPD. Von der italienischen Presse ist das Geheimnis, das bis jetzt über dem politischen Einbruch in das österreichische Konsulat in Zürich während der Fastnachtsnacht des Jahres 1917 lag, gelüftet worden. Bisher wusste man nur, dass dieser Einbruch von der Ententespionage unternommen worden war und es bei dieser Gelegenheit glückte, Dokumente zu entwenden, die für die Kriegsführung der Mittelmächte eine Rolle spielten. Aus diesem Grunde wurde auch der deutschen und der österreichischen Öffentlichkeit dieser Einbruch unterschlagen.

Die italienische Presse teilt nun mit, dass die italienische Spionage in der Schweiz den Einbruch von langer Hand vorbereitet hatte. Die Italiener wussten, dass im Panzerschrank des österreichischen Generalkonsulats wichtige Angaben über die Verbindungen Oesterreichs mit den norditalienischen Städten lagen. Sie engagierten einen Mechaniker, der ein Spezialist für Panzerschränke war. Da die Schweiz neutral war, beschloss man, um den Eindruck eines Neutralitätsbruches zu vermeiden, auch Geld und andere Wertsachen zu entwenden und so einen gemeinen Einbruch vorzutäuschen. Nachdem man sich mittels Wachsabdrücken Nachschlüssel verschafft hatte, drang dann der Mechaniker in der Fastnachtsnacht mit einigen Spiessgesellen in das Konsulatsgebäude ein, während zwei italienische Marineoffiziere auf der Strasse Posten standen. Der Elektriker und ein Vertrauensmann der Spionage kamen unbehindert bis in den Raum, in dem der Panzerschrank stand. Nachdem man die Fenster mit einem Wachstuch abgedichtet hatte, wurde die Tür durch Sauerstoffgebläse aufgeschweisst. Es gelang verhältnismässig schnell, die erste Stahlwand zu durchbrechen. Aber dann steiss man auf eine chemische Substanz, die bei Berührung mit der Flamme sich in ein betäubendes Gas verwandelte. Um nicht das Bewusstsein zu verlieren, banden sich der Elektriker und der Vertrauensmann nasse Taschentücher um Nase und Mund. Um 3.30 früh lag der Panzerschrank offen da. Register, Karten und Dokumentenbündel, Säckchen mit Goldmünzen, Juwelen und anderes wurde in einen bereitgehaltenen Rucksack gepackt. Eine Stunde später stand man wieder unbehelligt auf der Strasse.

Der Mechaniker fuhr mit dem ersten Morgenzug nach Mailand, um die Beute der Zentralspionagestelle zu übergeben, Er hatte einen weiten Vorsprung. Denn erst am nächsten Abend um 6 Uhr bemerkten die österreichischen Diplomaten, die trotz Krieg und Elend in der Heimat die Fastnachtsnacht durchtanzt und den Tag verschlafen hatten, das Unheil, das widerfahren war.

+ + +
Friedländer-Prozess vertagt. Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts, den am Donnerstag über die Revision des Schwurgerichtsurteils gegen den wegen Totschlags in zwei Fällen zu sechs Jahren Gefängnis verurteilten 19 jährigen Manasse Friedländer entscheiden sollte, setzte die Verhandlung aus, bis das Gutachten des Sachverständigen über die Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten vorliegt. Friedländer ist kürzlich gegen Stellung einer Kaution von 10 000 Mark aus der Haft entlassen worden, weil für ihn Gefahr einer seelischen Erkrankung vorlag.

+ + +
Eine Spionageaffäre vor dem Reichsgericht. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den kaufmännischen Vertreter Max Pasberg aus Berlin wegen Verrats militärischer Geheimnisse unter Versagung mildernder Umstände zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Der Student Hubert Sajack erhielt wegen versuchten Verrats drei Monate Gefängnis. Pasberg konnte nachgewiesen

werden, dass er der polnischen Regierung jahrelang Geheimmateriale des deutschen Polizei- und Militärwesens zur Verfügung gestellt hat.

Die Strafanträge im Neuköllner Prozess. In dem Prozess gegen den Leiter der Neuköllner Grosshandels-gesellschaft beantragte der Staatsanwalt am Donnerstag gegen den Hauptangeklagten Boigs eine Gefängnisstrafe von einem Jahr fünf Monaten und eine Geldstrafe von 10 000 Mark, gegen den Angeklagten Groger vier Monate Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe, sowie gegen den Angeklagten Heinrich einen Monat Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe.

Ein Auto vom Zug überfahren. Auf der Strecke Falkenberg-Wittenberg stiess ein Auto mit einem Güterzug zusammen und wurde vollkommen zertrümmert. Ein Insasse des Autos wurde auf der Stelle getötet. Der Chauffeur wurde lebensgefährlich verletzt. Die beiden anderen Insassen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Ein Spielernest ausgehoben. Die Berliner Kriminalpolizei drang in der Nacht zum Donnerstag in eine in der Nähe des Alexanderplatzes gelegene Mietwohnung ein, in der sich 60 Personen zum Glücksspiel zusammengefunden hatten und schaffte die beiden Leiter des Spielklubs zwecks Feststellung der Personalien nach dem Polizeipräsidium. Die Spieler versuchten sich zunächst auf eine Geburtstagsfeier herauszureden. Es wurde jedoch festgestellt, dass es sich bei dem Hauptunternehmer um einen in Spielerkreisen gut bekannten Professionellen handelt.

Bombenanschlag bei der AEG. Am Donnerstag vormittag wurde in den Büroräumen der AEG in der Brunnenstrasse 107a wohl zum ersten Male in Berlin, ein Raubüberfall unter Anwendung von Bomben verübt. Obwohl zwei Sprengkörper unter lauter Detonation explodierten, sind Menschen nicht zu Schaden gekommen, auch ist der Sachschaden gering. Der Täter, ein früherer Angestellter der AEG, Oskar Hubatsch, der es offenbar auf einen Raub der Lohn-gelder abgesehen hatte, flüchtete und konnte bisher noch nicht ergriffen werden.

Hubatsch hatte sich in eine neben dem Lohnbüro liegende Pumpenwerkstatt geschlichen und stellte dort zwei Konservenbüchsen auf, die er mit Streichhölzern entzündete. Die Lunte brannte ab, und die Feuerwerkskörper platzten mit lautem Knall. Eine dritte Büchse warf er einem Angestellten vor die Füße und riet ihm, sich aus dem Staube zu machen, weil er sonst in die Luft fliegen werde. Hubatsch erwartete anscheinend, dass bei dem lauten Knall die Angestellten aus dem Lohnbüro, in dem Gelder im Betrag von 50 000 Mark in Tüten verpackt lagen, flüchten würden, und er Gelegenheit hätte, das Geld zu rauben. Die erwartete Panik blieb aber aus. Die Angestellten verloren die Ruhe nicht, sondern setzten die Feuersirene in Tätigkeit. Als Hubatsch seinen Plan missglückt sah, flüchtete er durch die Fabrik und entkam. Die Ermittlungen der Polizei ergaben, dass Hubatsch stark verschuldet ist. Aus seiner früheren Tätigkeit war ihm bekannt, dass an den Zahltagen grössere Summen im Lohnbüro aufbewahrt wurden.

Urteil im Neuköllner Betrugsprozess. Am Donnerstag nachmittag wurde im Neuköllner Betrugsprozess folgendes Urteil gefällt: Der Angeklagte Boigs ist der Untreue in drei Fällen schuldig und wird zu einer Gefängnisstrafe von sieben Monaten und zu einer Geldstrafe von 3000 Mark verurteilt.

Fernsprechverkehr Deutschland-Java. Der internationale Fernsprechverkehr zwischen Java und Deutschland wird zu Beginn des kommenden Jahres eröffnet werden. Für das Dreiminutengespräch wurde ein Einheitspreis von 168 Goldfranken zwischen allen Plätzen auf Java und in Deutschland festgesetzt. Der von der Deutschen Reichspostverwaltung vorgeschlagene Termin der Eröffnung dieses Dienstes am 23. Dezember musste auf Wunsch der niederländisch-indischen Verwaltung wegen einer noch schwebenden Frage hinausgeschoben werden.

Die Durchstechereien in Moabit. Die drei Aufsichtsbeamten des Moabiter Untersuchungsgefängnisses, die unter dem Verdacht der Durchstechereien verhaftet worden sind, haben ihre Verfehlungen eingestanden. Wahrscheinlich sind auch noch andere Strafanstaltsbeamte in den Skandal verwickelt.

Bestechungsskandal in Frankfurt/Main. Unter dem Verdacht, sich bei der Vergabung von städtischen Bauarbeiten passiver Bestechung schuldig gemacht zu haben, sind in Frankfurt/Main sieben Beamte des Hochbauamtes ihres Dienstes enthoben worden.

Verhaftung einer Einbrecherkolonne. Der Berliner Kriminalpolizei gelang es drei Mitglieder einer Einbrecherbande, die schon seit geraumer Zeit in verschiedenen Stadtteilen Berlins Einbrüche verübte, festzunehmen. Die Täter wurden auf frischer Tat ertappt. Zwei Mitglieder der Bande konnten rechtzeitig flüchten.

Unterschlagungen eines Magistratsbeamten. In Dresden wurde ein 32jähriger Oberstadtsekretär wegen Unterschlagung von 50 000 Mark verhaftet. Er hatte Rechnungen über nicht gelieferte Waren ausgestellt und sich auszahlen lassen.

Ein Dieb schickt die Beute zurück. Ein Berliner Papierindustrieller, dem vor einiger Zeit aus dem Kellertresor Schmuckstücke im Wert von 80 000 Mark gestohlen worden waren, erhielt am Donnerstag ein in Berlin aufgegebenes Paket, in dem sich die geraubten Sachen vollzählig vorfanden. Es ist wahrscheinlich, dass die Täter, die mit ihrer Entdeckung rechnen mussten, diesen Schritt unternahmen in der Hoffnung, dass damit die weiteren Nachforschungen eingestellt werden.

Acht Arbeiter getötet. Am Donnerstag morgen 9 Uhr fuhr etwa 200 Meter vor dem Bahnhof Eppinghofen-Obermühlheim an der Ruhr infolge dichten Nebels eine Lokomotive in eine Kolonne Streckenarbeiter. Vier Arbeiter wurden auf der Stelle getötet, vier starben kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus. Acht Arbeiter liegen mit schweren Verletzungen danieder.

Eine Herberge schliesst ihre Pforten. Aus New York wird uns geschrieben: Baupolizeiliche Schikanen und der Mangel an Mitteln in der "reichsten Stadt der Welt" haben der Freien Herberge für Erwerbslose und Arme des "Mister Zero" ein Ende gemacht. Diese Herberge, die aus kleinsten Anfängen entstanden war und mit den Mitteln ihres Begründers und aus wohltätigen Stiftungen aufrecht erhalten wurde, hatte vor Jahresfrist ihr kleines Heim mit einem grossen Gebäude am St. Marks Platz vertauscht. Sie galt als eine Art Sehenswürdigkeit in New York. Nach dem Willen ihres Gründers, des "Herrn Null", sollte sie allmählich zu einer wahren Heimstätte für die Ärmsten der Armen ausgestaltet werden. Als Mister Zero nun im untersten Stockwerk die Speisesäle und in den oberen vier Stockwerken Schlafstätten für etwa 1000 Notleidende einrichten wollte, wurde ihm dies unter den wichtigsten Gründen von der Baupolizei verboten. Alle Interventionen halfen nichts und die Situation wurde ganz verzweifelt, als er infolge der Bankkrachs, die es seinen früheren Wohltätern unmöglich machten, ihm wie bisher die Monatszuschüsse zukommen zu lassen, nicht mehr die Miete an den Hauseigentümer zahlen konnte. Der Besitzer erwirkte darauf einen Räumungsbefehl gegen die Herberge, der von den Behörden auch pünktlich vollstreckt wurde, ohne dass sich jemand darum kümmerte, was aus den Obdachlosen mitten im Winter würde. Aber Mister Zero ist ein mutiger Mann. Er ist in das ehemalige kleine Herbergsheim zurückgekehrt und will wieder ganz von vorne anfangen.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Erpresser und Betrüger.

Ihr Spiel mit der Arbeitslosennot.

SPD. Erwerbslosenehend ist für Leute mit sozialem Taktgefühl bestimmt keine Sache zum Geschäftmachen. Aber in der Politik, die bei manchen Leuten zweifellos den Charakter verdirbt, ist, wie die Erfahrung zeigt, alles möglich, und wir haben daher seit Jahr und Tag das zweifelhafte Vergnügen, mit ansehen zu dürfen, wie zwei politische Parteien, die Deutsche Volkspartei und die Kommunistische Partei, den Arbeitslosen zum Werkzeug ihrer politischen Pläne machen. Die einen erpressen und die andern betrügen. Im Effekt ist die Arbeit der beiden gleichwertig: Beide sind am Werk, den Arbeitslosennot zu zerstören.

Die Deutsche Volkspartei benutzt die Arbeitslosennot, um gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Sie stemmt sich stiernackig gegen jede ernsthafte Sanierung der Finanzen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, um sie ständig am Rande des Defizits zu halten. Sie drückt der Reichsanstalt den Hals zu unter der Forderung: Verschlechterung des Arbeitslosenschutzes oder kein Geld für die Arbeitslosen. Sie weiss nur zu gut, dass die Sozialdemokratie die Arbeitslosen nie im nimmer im Stich lassen wird, und eben deswegen konnte sie wie ein Erpresser mit dem Druck auf den Geldbeutel bereits im Verlaufe des Jahres eine Verschlechterung der Versicherung erzwingen. Sie ist damit noch nicht zufrieden, und sie hat bei dem Kampf um die Erhöhung des Beitrages vorgebaut. Sie hat es erreicht, dass die Erhöhung nur $\frac{1}{2}$ % beträgt und nur ein halbes Jahr gilt. Sie hat sich damit die Möglichkeit gesichert, nach verhältnismässig kurzer Zeit, wenn infolge der ungenügenden Sanierung die Finanzfrage bei der Reichsanstalt abermals brennend werden muss, von neuem der Regierung die Pistole auf die Brust zu setzen mit der Parole: Verschlechterung des Arbeitslosenschutzes oder kein Geld! Wie ein Wucherer geht die Deutsche Volkspartei vor. Ihr grosses Ziel war von allem Anfang an, die beiden Hilfesuchenden zu hindern, dass sie sich finanziell ein bisschen Ellbogenfreiheit verschafften. Reichsanstalt und Reich wurden von ihr systematisch stets am Rande des Defizits gehalten, damit sie sich ihre Hilfe möglichst teuer abkaufen lassen konnte. Der Reichsanstalt kniete sie auf, um die Arbeitslosenversicherung zu verschlechtern, und dem Reich kniete sie auf, um für ihr völlig unzulängliches Entgegenkommen in der Arbeitslosenfrage bei der Steuerreform durch Abbau der Besitzlasten noch einmal Vorteile einzuheimsen. Das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein....

Die Kommunistische Partei benutzt die Arbeitslosen, um mit ihnen vor den Rathäusern zu exerzieren und blutige Unruhen vorzubereiten. Sie weiss, dass ein hungriger Magen für phantasievolle Versprechungen empfänglich macht, und so verspricht sie den Arbeitslosen das Blaue vom Himmel herunter. Versprechungen sind billig wie Brombeeren, und das Papier, auf dem die Kommunistische Reichstagsfraktion ihren Antrag zur Reform der Arbeitslosenversicherung niederschrieb, ist geduldig. Die Kommunistische Partei hat es leicht; sie braucht sich nicht den Kopf zu zerbrechen, wie ihr Antrag verwirklicht wird. Die KPD. weiss, dass ihre Anträge nur Papier sind und Papier bleiben, und so kann sie sich es auch leisten, blühenden Unsinn als Reform der Arbeitslosenversicherung auszuposaunen. Was die Kommunistische Reichstagsfraktion als Verbesserung des Arbeitslosenschutzes empfiehlt, ist nichts anderes als ein ordinärer Betrug. Grosszügig

verlangt sie Anspruch auf Unterstützung im Falle von Arbeitslosigkeit für deren Dauer. Die Anwartschaft lässt sie ebenso grosszügig mit dem Tag der Anmeldung zur Versicherung beginnen. Eine Abstufung nach Lohnklassen darf es nach ihrem Vorschlag nicht mehr geben. Kurzer Hand bewilligt sie für den Hauptunterstützungsempfänger in den städtischen Gebieten 22 Mark plus 4 Mark für jeder Unterhaltsberechtigten Angehörigen und für die Hauptunterstützungsempfänger in den ländlichen Gebieten 20 Mark plus 3.50 Mark pro Kopf Zuschlagsempfänger. Die für die Versicherung notwendigen Mittel sollen durch die Unternehmer im Umlageverfahren entsprechend dem Wert der Produktionsmittel und der Jahresproduktion aufgebracht werden.

Die Kommunistische Reichstagsfraktion muss die Arbeitslosen für fürchterliche Idioten und Ignoranten halten. Sie muss allen Ernstes glauben, dass kein Arbeiter in Deutschland weiss, wie sehr im kommunistischen Vorbild Sowjetrussland gerade in der Arbeitslosenfrage mit Wasser gekocht wird. Sowjetrussland hat Hunderttausende von Arbeitslosen der Unterstützung beraubt. Der Bezug von Arbeitslosenunterstützung wird von der Dauer des vorherigen Arbeitsverhältnisses abhängig gemacht. Ab 1. November gilt für Gewerkschaftsmitglieder eine zweijährige Wartezeit, für Nichtmitglieder eine dreijährige. Arbeitslose, die ihre Arbeitsverhältnisse selbst gekündigt haben, oder die gekündigt wurden, haben eine Sperrfrist von drei Monaten durchzumachen. Saisonarbeiter werden während der sogenannten toten Saison nur dann unterstützt, wenn sie das ganze Jahr in der Stadt wohnen und auch nur dann auf die Dauer von zwei Monaten. Die Unterstützungssätze sollen in Zukunft je nach Verdienst in der ersten Zone höchstens 27 Rubel, in der zweiten 24 und in der dritten 20 Rubel pro Monat betragen. Der Gesamtaufwand für alle Zweige der Sozialversicherung pro 1928/29 ist mit 1077,7 Millionen eingesetzt. Das alles sind, verglichen mit Deutschland, wo die Sozialdemokratie nur eine sehr beschränkte Bewegungsmöglichkeit hat, nichts anderes als Almosen und Bettelbrocken.

Wenn irgendwo, dann müssen die Kommunisten gerade in der Arbeitslosenfrage mäuschenstill sein. Wenn sie trotzdem umgekehrt den Mund fürchterlich vollnehmen, dann eben nur deshalb, weil sie die deutschen Arbeiter für einen gedankenlosen Haufen halten. Nur abgrundtiefe Verlogenheit und beispiellose Frechheit bringen es bei der KPD. fertig, in einem Augenblick, wo Sowjetrussland die Arbeitslosenversicherung verschlechtert, uferlose und sinnlose Forderungen zur Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung aufzustellen. Aber was soll man von politischen Hochstaplern anderes erwarten? Der Betrug ist ihr Beruf.

SPD. In Chemnitz erlitten die kommunistischen Spalter bei der Neuwahl der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine vernichtende Niederlage. Abgegeben wurden in der mit Stimmzetteln vorgenommenen Wahl insgesamt 436 Stimmen. Auf die Liste der SPD.-Fraktion entfielen 333, auf die der Kommunisten 102 Stimmen. Das Wahlergebnis ist ein deutliches Zeichen für den Niedergang der KPD. in ihrer ehemaligen Hochburg Chemnitz.

SPD. In der Betriebsratswahl bei der DD-Bank Berlin entfielen auf den Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten 12 Sitze; der Deutsche Bankbeamtenverein erhielt 5, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 3, und der Verband der Oberbeamten 2 Sitze. Der Allgemeine Verband konnte trotz des Abbaus von mehr als 700 Angestellten seit der letzten Wahl seine Stimmenzahl vermehren, während der Bankbeamtenverein 589, der Handlungsgehilfenverband 135 und der Verband der Oberbeamten 49 Stimmen gegenüber der letzten Wahl verloren haben.

Der Wahlausgang bedeutet eine eindrucksvolle Vertrauenskundgebung der An-

gestellten der Zentrale der neuen Mammutbank für den freigewerkschaftlichen Allgemeinen Verband.

SPD. Rechtzeitige Lohn-, Gehalts- und Gratifikationszahlungen vor dem Weihnachtsfest, ist zur Erleichterung der Geschäftsabwicklung in den Läden dringend notwendig. Der neue Frühschluss am Heiligabend erfordert, dass die Zahlungen nicht erst im letzten Augenblick erfolgen; denn die Einkäufe können unmöglich zum grössten Teil erst am Dienstag mittag nach Betriebsschluss erledigt werden.

Der Frühschluss am Heiligabend ist in der Angestelltenschaft mit viel Befriedigung begrüsst worden; denn in den letzten Jahren war das Gehetze bei den letzten Einkäufen nicht nur für das Bedienungspersonal, sondern auch gerade für die kleinen Leute, die erst im letzten Augenblick einkaufen können, zu einer Quälerei geworden. Man darf nicht vergessen, dass heutzutage tausende von Arbeitern und Angestellte weite Anmarschwege zu ihrer Arbeitsstelle zurückzulegen haben. Die Folge war, dass am Heiligabend stets ein grosser Teil der werktätigen Bevölkerung bis spät in die Nacht hinein auf Eisenbahnen und Strassenbahnen heimwärts strebte, während für die Kinder der Wohlhabenden längst die Weihnachtsbäume brannten.

SPD. In England sind die vor längerer Zeit ins Stocken geratenen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und Unternehmern inzwischen wieder aufgenommen worden, Verhandlungsgegenstand sind die Vorschläge, die auf Schaffung einer festen und dauernden Organisation für gemeinsame Beratung sozialer und wirtschaftlicher Fragen zwischen Arbeitern und Unternehmern abzielen.

Der "Daily Herald" bezeichnet die neuen Verhandlungen als eine wichtige Etappe in der Entwicklung der vor zwei Jahren ins Leben gerufenen Zusammenkünfte zwischen Kapital und Arbeit.

SPD. Sämtliche Textilfirmen des Albtals haben ihren Belegschaften zum Ende des Monats gekündigt. Von der Kündigung werden rund 2 000 Arbeitskräfte betroffen. Der Arbeitskonflikt, der die Unternehmer zur Kündigung veranlasste, liegt in dem Streit um die bisher im Albtal gezahlte Zulage. Schon 1926 war die seit 1919 bestehende Zulage in Höhe von 10 % zum Landestariflohn auf 8 % für alle über 25 Jahre alten Arbeiter und auf 4 % für die im gleichen Alter stehenden Arbeiterinnen gesenkt worden. Den Arbeitern im Alter von 20 - 25 Jahren senkte man damals den Zuschlag sogar auf 1 Prozent, und für die unter 20 Jahren fiel er ganz weg. Die Unternehmer wollen nun die Zulage ganz allgemein beseitigen und darüber hinaus auch die Akkordsätze abbauen.

Strassenbahn oder Omnibus?

(Das Ergebnis des Wiesbadener Experiments.)

SPD. Die geplante Erhöhung der Berliner Verkehrspreise hat wieder einmal den alten Streit aufleben lassen, welche Einrichtung für den grosstädtischen Verkehr mehr in Frage komme, die elektrische Strassenbahn oder der Omnibus. Zweifellos fährt es sich mit dem Benzinmotor, dem Omnibus, bequemer und auch schneller. Dagegen ist die elektrische Strassenbahn, der Elektromotor, billiger. Diese Tatsache dürfte wohl fürs erste von ausschlaggebender Bedeutung werden. Die finanziellen Kalamitäten bei der Berliner Verkehrsgesellschaft wären nicht so dringend geworden, wenn man den Ausbau des teuren Untergrund- und Autobusverkehrs in Grenzen gehalten und den fortwährend steigenden Ansprüchen des Verkehrs durch die billigere elektrische Strassenbahn, das ausgesprochene Massenverkehrsmittel, genügt hätte.

Vor einiger Zeit fand die Nachricht, dass die Stadt Wiesbaden als erste deutsche Stadt ihre Strassenbahn zum weitaus grössten Teil durch den Omnibus ersetzt habe, grösste Beachtung. Man hat Wiesbaden auch in der Presse sehr oft anderen Städten als gutes Beispiel hingestellt. Nun kann man allerdings nicht die Verkehrsverhältnisse Wiesbadens mit denen der grösseren Städte in Deutschland vergleichen. Auch hat Wiesbaden, was nicht ganz so bekannt geworden ist wie die obenerwähnte Nachricht, sich nicht ganz freiwillig zur Einführung des Omnibusbetriebes entschlossen. Mit der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft, die einen Teil der Wiesbadener Strassenbahn betrieb, konnte nämlich wegen Überführung der Linien in städtischen Besitz keine Einigung zustande kommen. Da man aber ein Verkehrsmittel haben musste, sah sich die Stadt Wiesbaden gezwungen, einen Omnibusbetrieb einzurichten. Das ging am schnellsten. Seit dem 1. April 1929 liegen nun die Linien der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft in Wiesbaden still. Sie sind durch den Omnibus ersetzt. Die städtischen Strassenbahnlinien in Wiesbaden werden aber nach wie vor betrieben.

Auf das Wiesbadener Experiment war man in Fachkreisen äusserst gespannt. Nun liegt der erste Halbjahresgeschäftsbericht für den Wiesbadener Omnibusverkehr vor. Er schliesst mit einem Reingewinn von 202 824 Mark ab. Dieser Reingewinn steht aber nur auf dem Papier. Wenn man den Wiesbadener Bericht näher prüft, so erkennt man, dass die Abschreibungen für den Wagenpark nur mit 10% in Rechnung gesetzt sind. Bei der ausserordentlichen Belastung, der der Omnibus im Massenverkehr ausgesetzt ist, rechnet man im allgemeinen mit einer Abschreibung von 20%, also doppelt so viel als die Wiesbadener Verkehrsbetriebe abschreiben. Bei einem Wagenpark von rund 80 Fahrzeugen, die man mit je 30 000 Mark bewerten kann, beträgt die Anschaffungssumme 2,4 Millionen Mark. Davon hat man in Wiesbaden 10% = 240 000 Mark abgeschrieben. Nach der allgemeinen Auffassung müssten 480 000 Mark abgeschrieben werden. Wäre man dem in Wiesbaden nachgekommen, dann wäre der jetzt ausgewiesene Reingewinn von rund 200 000 Mark völlig aufgezehrt worden; darüber hinaus hätte sich ein ganz beträchtlicher Verlust ergeben.

Berücksichtigt muss auch werden, dass die Fahrpreise in Wiesbaden durchaus nicht niedrig sind. Man zahlt dort für eine Fahrt bis zu zwei Teilstrecken 15 Pfennige. Der Preis steigert sich bis zu 13 Teilstrecken auf 60 Pfennige. Für Fahrten, die ausserhalb des Wiesbadener Stadtgebietes führen, sind Fahr-

preise von 35 bis zu 80 Pfennigen angesetzt. Trotz dieser sehr hohen Fahrpreise war der Betrieb im ersten Halbjahr, also zu einer Zeit, wo sich sehr viele Kurgäste in Wiesbaden aufhielten, kaum wirtschaftlich durchzuführen. Die Dinge werden sich auch nicht verbessern, sondern verschlechtern; denn der Wiesbadener Wagenpark ist heute noch funkelnelou und erfordert zunächst nur geringe Ausgaben für Reparatur und Unterhaltung. In der Folgezeit werden sich hier die Verhältnisse weit ungünstiger gestalten. Endlich darf auch nicht vergessen werden, dass durch die starke Beanspruchung der Strassen durch den Omnibusverkehr auch die von der Stadt zu tragenden Lasten erhöht werden.

Unseren Ausführungen entspricht die Nachricht, dass die Stadt Wiesbaden für das Winterhalbjahr einen Zuschuss für ihren Autobusbetrieb in Aussicht gestellt hat.

SPD. Die Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Aluminiumindustrie, der die Aluminiumfertigfabrikation erfasst, erklärte sich am Donnerstag in Köln mit der Erhöhung der Aluminiumzölle einverstanden. Die Fertigindustrie habe die Zollerhöhung von bestimmten Voraussetzungen abhängig gemacht. Diesen Voraussetzungen sei durch Erklärungen der Vereinigten Aluminiumwerke in wesentlichen Punkten Rechnung getragen worden. Weiter wurde eine Entschliessung angenommen, die die Massnahmen gegen die von Amerika ausgehenden Angriffe gegen das deutsche Aluminium billigt.

SPD. Die Berliner Kindlbrauerei, die schon seit Jahren Rekordabschlüsse veröffentlicht, hat sich diesmal selbst übertroffen. Der Bruttogewinn wird mit 22,06 Millionen Mark angegeben gegenüber 19,1 Millionen Mark im Vorjahr. Die Abschreibungen werden um 900 000 Mark auf 2,54 Millionen Mark erhöht, der Bierabsatz hat sich um 10% gesteigert. Die Dividende beträgt wie im Vorjahr 22 bzw. 24 %. Die Bankguthaben werden mit 6,05 Millionen Mark (im Vorjahr 5,41 Millionen) ausgewiesen. Damit hat das Kindlunternehmen Bankguthaben, die um eine Million Mark höher sind als das gesamte Aktienkapital. Das nennt man noch ein Geschäft! Das hindert aber nicht, dass die Kindl-Leute im Chor der anderen Brauereien über den "Notstand" der deutschen Brauindustrie klagen.

SPD. Obwohl das Agrarzollprogramm im letzten Augenblick im handelspolitischen Ausschuss noch wesentliche Veränderungen erfahren hat, und obwohl die zweite und dritte Lesung des Gesetzes noch aussteht, lässt sich bereits mit ziemlicher Sicherheit die endgültige Gestaltung der Zollvorlage voraussehen. Wesentliche Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Regierungsprogramm sind vor allem bei den Hafer- und Braugerstenzoll gemacht worden. Für diese beiden Getreidearten soll kein Gleitzoll, sondern ein starker Zoll von 8 und 9 Mark festgesetzt werden. Eine Überhöhung der Hafer- und Braugerstenpreise ist jedoch dadurch verhindert, dass die Einfuhrscheine für Hafer, die ausschlaggebend für die Haferpreisgestaltung sind, nicht über den bisherigen Stand erhöht werden und auch nur für eine auf 50 000 Tonnen begrenzte Braugerstenmenge Einfuhrscheine in Höhe von 6,50 Mark je Doppelzentner ausgegeben werden. Diese Unterscheidung zwischen dem Zoll und dem niedriger festgesetzten Einfuhrschein ist als ein Erfolg der Sozialdemokratie im Abbau des innlosen Exportdumpings von Getreide zu bezeichnen. Leider ist es der Sozialdemokratie nicht gelungen, die Einfuhrscheine, wie das ursprünglich in der Regierungsvorlage vorgesehen war, auf den Satz von 5 Mark und 5,50 Mark, also unter den bisherigen Satz zu senken.

Auch bei Weizen und Roggen musste die Beibehaltung der Einfuhrscheine in bisheriger Höhe zugestanden werden, weil sonst das ganze Gleitzollgesetz zu Fall gekommen wäre. Bei Weizen und Roggen wird die ursprünglich auf 5 bis 9,50 Mark festgesetzte Gleitzollskala bis herunter auf 3 Mark und 3,50 Mark pro Doppelzentner erweitert, wodurch ein verstärkter Verbraucherschutz in das neue Gleitzollsystem eingeschaltet wird. Eine weitere Änderung ist dadurch eingetreten, dass die Gleitzölle nicht schematisch nach der Preisgestaltung der letzten zwei Monate geändert werden, sondern die Regierung verpflichtet wird, die Zölle bis auf den genannten Mindestsatz zu senken, wenn im Zeitraum von 4 Monaten die Roggenpreise 230 Mark je Tonne und die Weizenpreise 260 Mark je Tonne überschreiten. Hierdurch soll eine Auswirkung kurzfristiger Preisveränderung auf die Zollgestaltung ausgeschaltet werden. Allerdings wird die Sozialdemokratie streng darüber wachen müssen, dass das Reichsernährungsministerium diese Bestimmung nicht umgeht.

Die gesamten Viehzölle sind in der ursprünglichen Form der Regierungsvorlage angenommen worden; jedoch hat das Reichsernährungsministerium ausdrücklich ausserhalb der Sitzungen erklärt, dass es die Relation zwischen Rindviehzoll und Rindfleischzoll abändern werde, wenn sich hieraus Schäden für die deutschen Seegrenzschlachthäuser ergeben sollten.

SPD. Auf der vor kurzem stattgefundenen ausserordentlichen Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigte sich Geheimrat Duisberg auch mit der Gewerkschaftspresse. Er machte ihr u.a. den Vorwurf der Wirtschaftsfeindlichkeit. Der "Textil-Arbeiter", das Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, geht in seiner letzten Ausgabe auf diesen Vorwurf ein und fertigt Geheimrat Duisberg wie folgt ab :

"Duisberg behauptete sehr gereizt, die Gewerkschaftspresse gehe noch immer an den Dingen der Wirtschaft blind vorüber. Hoffen wir, dass der alte Duisberg nur den Einflüsterungen seines Nationalökonomens Müller-Oerlinghausen unterlegen ist. Im übrigen stellen wir fest, dass die Gewerkschaftspresse schon Blick für die Wirtschaft hat und es ablehnen würde, mit so brüchigen Argumenten hausieren zu gehen, wie das gegenwärtig der Reichsverband der Deutschen Industrie tut. Der Unterschied zwischen den Gewerkschaften und dem Unternehmertum in der Betrachtung wirtschaftlicher Dinge ist der, dass die Gewerkschaften das Gesamtwohl der Wirtschaft und das Gesamtwohl der Nation im Auge haben, das Unternehmertum, engstirnig, nur die eigene Profitquote. Wenn ein anderer Generaldirektor, der Leiter der Berliner Paketfahrtgesellschaft, auf der Reichsverbands-Tagung behauptete, die Gewerkschaften trieben keine Wirtschaftspolitik und die Massen müssten erst dazu erzogen werden, dann müssen wir ihm bescheinigen, dass er gut tut, mit seiner wirtschaftspolitischen Erziehung den Anfang zu machen."

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(19. Dezember.)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggounfrei ab märkischen Stationen: Weisse 2-2,30, rote Kartoffeln und Odenwälder Blaue 2,30 bis 2,60, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 2,60 bis 2,90, Nierenkartoffeln 3,50 bis 4 Mark. Gute Industriekartoffeln gesucht. Fabrikkartoffeln 8 bis 9 Pfennige je Stärkeprozent.

Grösseres Angebot - Preise nicht behauptet.

(Getreidebörse vom 19. Dezember.)

SPD. Die an der gestrigen Berliner Produktenbörse erzielten starken Preisgewinne konnten sich am Donnerstag nicht voll behaupten. Auf Grund der höheren Notierungen war natürlich ein erheblich verstärktes Angebot der Landwirte an Weizen und Roggen auf den Markt gekommen, demgegenüber sich aber die Mühlen und auch die Exporteure ziemlich zurückhielten, zumal auch vom Auslande schwächere Meldungen vorlagen. So mussten die Preise für effektiven Weizen und Roggen um 2 - 3 Mark zurückgehen, während die Notierungen am Markte der Zeitgeschäfte um 3 - 4 Mark herabgesetzt wurden. Mehl hatte wieder sehr kleinen Markt trotz teilweise leicht ermässigter Forderungen der Mühlen. Auch für Hafer zeigte sich nur geringe Kauflust.

	<u>18. Dezember</u>	<u>19. Dezember</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	242 - 243	240 - 241
Roggen	172 - 175	169 - 171
Braugerste	187 - 203	187 - 203
Futter- und Industrierogerste	167 - 177	167 - 177
Hafer	150 - 158	149 - 157
loco Mais Berlin	167	166
Weizenmehl	29,00-34,75	29,00-34,75
Roggenmehl	23,50-27,00	23,50-27,00
Weizenkleie	11,00-11,50	11,00-11,50
Roggenkleie	9,75-10,25	9,75-10,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 250 (Vortag 254), März $267 \frac{3}{4}$ - $266 \frac{1}{2}$ (271), Mai $277 - 275 \frac{1}{2}$ ($280 \frac{1}{2}$), Roggen Dezember $188 \frac{1}{2}$ - 188 Brief (192), März $203 - 200 \frac{1}{4}$ (207), Mai $214 - 213$ Brief (217). Hafer März $172 \frac{1}{4}$ bis 172 Brief, Mai - (185).

Amtliche Eiernotierung.

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trinkeier vollfrische, gestempelte, Sonderklasse über 65 Gr. 20, Kl. A. 60 Gr. $18 \frac{1}{2}$, Kl. B. 53 Gr. 16, Kl. C. 48 Gr. 13, frische Eier, Kl. A. 60 Gr. $15 \frac{1}{2}$, Kl. B. 53 Gr. 14; aussortierte kleine und Schmutzeier: $10 \frac{1}{2}$ - 11. Auslandseier: Russen, grosse $13 \frac{3}{4}$ - $14 \frac{3}{4}$, normale $13 \frac{1}{4}$ - $13 \frac{1}{2}$, Polen, grössere $12 \frac{1}{2}$, normale 12, abweichende 12 - 13, kleine, Mittel-, Schmutzeier $10 \frac{1}{2}$ - 12. In- und ausländische Kühlhauseier: Extra grosse $14 \frac{1}{2}$ bis 15, grosse $13 \frac{1}{2}$ - 14, normale $10 \frac{1}{2}$ - 12, kleine 10 - $10 \frac{1}{2}$, Chinesen und ähnliche 11 - 14. Kalkeier: Normale 10 - $10 \frac{1}{2}$. Witterung: leichter Frost, Tendenz: ruhig.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 19. Dezember: I. 166 Mark, II. 151 Mark, III. 135 Mark je Zentner. Tendenz: sehr ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 100

Berlin, den 19. Dezember 1929.

15 000 Kinder suchen ihre Väter! +

Wie der Krieg liquidiert wurde.

SPD. November 1918: Die alliierten Truppen besetzen das Rheinland. Es sind durchweg abgekämpfte, unschuldige Muschkoten, die lieber die Knarre hingehauen hätten und bei ihren Weibern wieder einmal in warme Betten gekrochen wären, als in Wiesbaden oder Köln unter misstrauischen Blicken ausgehungelter "Feinde" Wache zu schieben und auf Strohsäcken zu kampieren. Die französischen Poilus und die englischen Tommys möchten alle wieder Menschen werden. Die dreckigen Monturen und die Tagesbefehle hindern sie daran. Den Proleten in Uniform ist verflucht, wenig kriegerisch zu Mute. Aber die Unentwegten auf beiden Seiten versuchen noch weiter, Stacheldrahtzäune aufzurichten. "Umgang der Besatzungsangehörigen mit Zivilpersonen wird aufs strengste bestraft. gez. Das Oberkommando der Alliierten und Assoziierten Armeen!" Und bei uns heisst es: "Deutsche Mädchen, wahret Euere Würde! An den Pranger mit der deutschen Jungfrau, die----".

Das stärkere Band.

Dezember 1929: In vielen rheinischen Städten und Dörfern werden die Trikolore und der Union Jack niedergeholt. Das Bild hat sich geändert. Trotz Tagesbefehlen und Prangeraufrufen haben tausende dieser Feinde von gestern deutsche Frauen geheiratet. Die Tochter eines rheinischen Oberbürgermeisters fährt mit ihrem amtlich beglaubigten Ehemann - einem hohen englischen Offizier - über den Kanal. Der Krieg ist liquidiert! -

Aber nicht alle munteren Rheinländerinnen ziehen mit dem Auserwählten ihres Herzens gen Wetsen. Zahlreiche Mütter wiegen ihren Henry und ihren Jaques, ihre Mary und ihre Jessy in den Schlaf, und ---- der Papa ist nicht da!

Die Bilanz einer Stadt.

Verschiedene rheinische Frauenvereine haben sich nun zu einer Aktion zusammengeschlossen, um den "Reparationsopfern" zu ihrem Rechte zu verhelfen und ihnen vor allem die Alimente zu besorgen. Eine Stadt mit kaum mehr als hunderttausend Einwohnern scheint in dieser Hinsicht von der Besatzung besonders begünstigt worden zu sein, denn im Verlaufe von zehn Jahren sind dort nicht weniger als vierhundertachtundfünfzig Kinder geboren, deren Erzeuger sich in den Reihen der alliierten und assoziierten Armeen befinden und die sich heute weigern, ihrer Unterhaltungspflicht nachzukommen. Von diesen Kindern entfallen auf die Amerikaner 26, auf die Engländer 114, auf die Franzosen 263 und bei 55 Reparationskindern konnten die Väter nicht namentlich festgestellt werden. Sollten die ausgekniffenen "Gentlemen" nun nicht zur Alimentation gezwungen werden können, dann ist die Stadt X. in die Notlage versetzt, viereinhalb Millionen Goldmark zur Verfügung zu halten, wenn pro Kind bis zum 16. Lebensjahre die Unterhaltskosten mit 10.000 Mark angesetzt werden.

Das Konto der Tommys.

Auffallend gross ist der Anteil der englischen Besatzung an den unehelichen Kindern. Von den fünfzehntausend Kindern, die auf die Alimente ihrer Väter vergeblich warten, sind achttausend von englischen Soldaten gezeugt worden. Die Ursache dieses eigenartigen Verhältnisses - die Engländer waren zahlenmässig die schwächste Gruppe der Besatzungsarmee - liegt zweifelsohne in der dauernden Stabilität der Pfundwährung. Während die Franzosen und Belgier eine Inflation erlebten, konnten die Tommys stets mit dem Gelde nur so um sich werfen. Ganz

besonders natürlich in den Jahren des schlimmsten Währungszerfalls der Mark. Hinzu kommt noch, dass die Besatzungstruppen über sehr viel freie Zeit verfügten. So ist die "Zeugungsleistung" immerhin psychologisch zu verstehen.

Man kann wohl sagen, dass die englischen Truppen sich diesmal sehr wenig als "gentlemen" gezeigt haben, zumal da gerade auf den britischen Inseln die Geschlechtmoral angeblich über der unseren steht. Ein gerüttelt Mass Schuld haben die englischen Offiziere an dem wenig schönen Verhalten ihrer Mannschaften. Sie liessen nämlich die Leute, die von deutschen Mädchen als Väter ihres Kindes gemeldet wurden, meist schnell versetzen, und zwar so, dass die Adresse auf den Kommandanturen als "unbekannt wohin versetzt" angegeben wurde.

Die Franzmänner sind doch bessere Menschen.

Die Franzosen, von denen das Märchen geht, dass bei ihnen die Frauen unter Ausnahmegesetzen stehen, haben ihre Beziehungen zu deutschen Mädchen viel grosszügiger legalisiert oder alimentieren die Kinder. Das muss umso mehr anerkannt werden, als in Frankreich noch heute der napoleonische Grundsatz gilt: "Nach der Vaterschaft darf nicht geforscht werden." Wieviele deutsche eheliche und uneheliche Mütter haben Anspruch auf die Alimentation des gerichtlich festgestellten Erzeugers ihres Kindes und sehen doch nie einen Pfennig Unterhaltsbeitrag? Was nützt ihnen das Urteil in der Tasche? Wird die Verantwortungslosigkeit der Männer in Frankreich nun etwa gezüchtet? Mit nichten! Wer eine Frau "sitzen" lassen will, der kann das doch. Unter diesen Gesichtspunkten, vor allem natürlich unter dem staaterhaltenden, ist der französische Gesetzgeber konsequenter als sein deutscher Kollege. Die Alimentationspflicht liegt dem Staate vor. Vor französischen Gerichten wird deshalb für die angeführten Mädchen wohl wenig herauszuholen sein.

Wer muss zahlen?-----

Die Alimentationsregelung der 15 000 Reparationskinder - soviel beträgt die Gesamtzahl der unehelichen Kinder aus der Besatzungszeit - ist eine ebenso kuriose wie tragische Angelegenheit. Manch einer wird amüsiert über das Thema zur Tagesordnung übergehen, mancher wird tantenhaft moralinsauer sein Gesicht verziehen. Aber damit wird den fünfzehntausend rheinischen Mädchen nicht geholfen und ebenso wenig den schwer belasteten Gemeinden. Wenn man die Summe der Alimente mit hundertfünfzig Millionen Mark (pro Kopf 10.000 Mark bis zum 16. Lebensjahr) einsetzt, so dürfte es schon wichtig genug sein, den Völkerbund mit dieser Angelegenheit zu befassen, umsomehr, als nach neuesten Meldungen, sowohl die englischen wie die französischen Behörden es abgelehnt haben, in der Angelegenheit Schritte zu unternehmen.

Bert Bach.

Lebende Karyatiden.

m SPD. Karyatiden sind steinerene Frauengestalten, die an griechischen Tempeln auf ihren Häuptern das Tempelgebälk tragen und stützen. Nach einem Berichte den römischen Architekten Vitruv in seinem Werke über Baukunst soll der Name daher rühren, dass griechische Frauen aus der Stadt Karyä die Feinde der Griechen, die Perser, unterstützt hatten und danach als Gefangene hinweggeführt und als Lastträgerinnen verwendet wurden. Diese steinernen Lastträgerinnen stehen nicht gebeugt da; sie halten das Haupt erhoben, auf dem die Last ruht, und manchmal stützen sie die Last noch mit halbgebeugten, emporgehobenen Armen. Diese Stellung beim Lastentragen sah ich zuerst wieder in Rom und Sizilien, wenn die Frauen von den Brunnen kamen und grosse Kupfergefässe, mit Wasser gefüllt, auf dem Kopfe trugen, meist den Kopf durch einen dicken gepolsterten Stoffring vor dem Druck der Last schützend. Dann legten sie die Hände seitlich an das Gefäss, damit es nicht hinabglitt.

Warum ich gerade jetzt an diese schönen, aufrecht schreitenden lebendigen Lastträgerinnen und an die alten griechischen Karyatiden denke? - In der verflossenen Weihnachtswochen wurde viel gebacken, und als ich kürzlich durch die Strassen ging, traf ich Frau nach Frau, die ein grossen rundes Kuchenblech auf dem Kopfe balanzierte, um es zum Bäcker zu bringen, der den frischen Teigformen im Ofen die Bräune geben sollte. Diese Lastträgerinnen sahen recht lustig aus; ihre Last drückte sie nicht; es war keine Sklavenarbeit, die sie taten. Frohe, süsse, freiwillige Last trugen sie, die ihnen und den Ihren eine Freude sein sollte. Aber sie hatten die gleiche Stellung wie die griechischen Steinfrauen, die Hand seitlich an die lustige Last legend, auch die gleiche Stellung wie die italienischen Wasserträgerinnen, eine Stellung, die auch schon die Ftauen der Bibel, unter ihnen Rebekka, eingenommen haben sollen, wenn sie Wasser vom Brunnen holten. Ich dachte bei mir im Stillen: "Ach, wenn doch alle Frauen so fröhliche Lasten zu tragen hätten!"

Wenige Schritte weiter begegneten mir andere Lastträgerinnen, die ihre Last nicht auf den Häuftern trugen, sondern sie-schwer und unter ihr gebückt - in grossen Körben auf dem Rücken schleppten. Das waren Frauen, die aus den unserer Stadt nahen Bergdörfern herangekommen waren, um dort selbstgefertigte Holzgegenstände und andere hausgemachte Ware zu verkaufen. Von Haus zu Haus schleppten sie ihre Last, Hozquirle und Löffel. Eine ganz alte Frau, der man wohl weniger abgekauft haben mocht als den jungen Leichtfüssigen hatte ihren Korb noch fast voll beladen - so müde, so sehr müde sah die Alte aus, viel müder als jene steinernen Karyatiden, die doch Sklavenarbeit verrichteten. Und ich dachte, das Leben von heute sollte keine solchen lebenden Karyatiden mehr schaffen, keine lasttragenden armen Frauen, die beinahe unter der Last zusammenbrechen. Ich hatte Mitleid mit den Karyatiden von heute. Es gibt ihrer noch viel zu viele.

Ja, und dann habe ich mir noch etwas überlegt. Ist es ein Zufall, dass man zuerst Frauen als Lastträgerinnen in Stein für die Tempel nachbildete? Später erst hat man als solche Gebäkträger männliche Figuren verwandt. Ich das nicht ein Zeichen dafür, dass man lange gern der schwächeren Frau die schweren Lasten auflud, der abhängigen Frau: Lasten, die der freie Mann nicht tragen mochte? Vielleicht ist diese Entwicklung auch ein kleiner Beitrag zur Frage der Entwicklung des Frauenlebens, und vielleicht hat noch heute mancher Mann nicht recht erkannt, dass er in gleichem Masse wie die Frau Lasten tragen sollte. - Die Frau die mir als erste begegnete, ihr Kuchenblech auf dem Kopfe tragend, hat sicher nicht gedacht, dass sie solche Gedanken in mir wecken würde, - aber es fällt einem so allerlei ein - - - besonders, wenn man zu denen gehört, die das Leben besser und gerechter machen möchten. Wollte man das nicht, so würde man nicht Sozialistin sein.

Henni Lehmann.

Der Neujahrsglückwunsch.+

SPD. Dorothy Vigdor in Newcastle war ganz gerührt von der Aufmerksamkeit ihres zärtlichen Bräutigams, der sie zum neuen Jahre mit einer gar kostbaren und originellen Postkarte überraschte. Die Karte stellte eine vergoldete Winterlandschaft dar und war überdies mit einem edelsteinbelegten Vorbau ausgestattet, ähnlich den auch in Europa bekannten zusammenlegbaren Kinderspielen. Dorothy stellte das Kleinod auf den Kamin des Salons, auf dass es jeder Neujahrsgrußlant bewundere. Die Besucher waren denn auch begeistert; es war schliesslich keine Kleinigkeit von einem nur mässig besoldeten Bankbeamten, sich dermassen in Unkosten zu stürzen! Die Verwandtschaft beglückwünschte Dorothy zu dem spendablen Auserwählten, und die junge Dame fühlte sich überglücklich.

Allerdings währte die überschwengliche Freude nur bis zur fünften Nachmittagsstunde. Da kam ein Neffe der Familie Vigdor zum Kaffee, der Kriminalkommissar Parkins. Auch ihm wurde natürlich der wertvolle Neujahrsgross stolz ge-

zeigt, wie von einem Kriminalbeamten gar nicht anders zu erwarten war, unterzog er das Geschenk einer gründlichen Untersuchung, zumal da er sich nicht wenig darüber wunderte, dass ein unbemittelter kleiner Angestellter ein so kostbares Stück erstehen konnte. Parkins entdeckte an der Rückseite der Karte einen, nur flüchtig wegradierten Namen. Mit dem Vergrößerungsglas konnte er diesen leicht entziffern, und der Name kam ihm verflüxt bekannt vor. Nach einigem Kopferbrechen wusste er auch ganz genau, woher er ihn kannte, - es handelte sich um einen Bankdirektor, bei dem kurz vor Weihnachten ein Einbruchsdiebstahl verübt worden war, um denselben Bankdirektor, bei dem Dorotheys Bräutigam, Williams Craydon, angestellt war. Parkins schüttelte sein kluges Detektivhaupt, und verstand die Zusammenhänge zwischen dem trotz aller Bemühungen der Polizei unaufgedeckt gebliebenen Verbrechen und dem Neujahrsgeschenk zunächst gar nicht. Er wollte es nicht wagen, einen Unschuldigen zu verdächtigen.

Immerhin liess er es sich nicht nehmen, Craydon, der zum Abendessen eintraf, ganz harmlos zu fragen, wo er denn die entzückende Neujahrskarte gekauft habe. Craydon wurde sichtlich verlegen, und da sagte ihm Parkins auf gut Glück auf den Kopf zu, ein Dieb zu sein. Craydon brach zusammen und gestand ein, den Einbruch verübt zu haben. Nachdem er die Wertsachen zu sich genommen, hatte er im Schreibtisch seines Chefs die verhängnisvolle Neujahrskarte entdeckt und als zärtföhlender Bräutigam der Versuchung nicht widerstehen können, auch diese Kleinigkeit schnell einzustecken, um das Herz seiner geliebten Dorothy zu erfreuen. Die Karte sollte ihm zum Verhängnis werden; nun kann er nur noch hinter schwedischen Gardinen von seiner verfloffenen Braut träumen...

Stille um Mitternacht. +

SPD. Diese Geschichte spielt nicht am Sylvesterabend, aber sie ist so wahr und so kurz, dass man sie immer erzählen sollte, immer. Vielleicht gerade heute. Kurze Geschichten werden gern gelesen.

Der Arbeiter ging nach Hause. Als er die Tür öffnete, kam ihm seine Frau entgegen. Sie schaute ihn an; er ging an ihr vorüber. Sie sah ihm nicht nach und klinkte nur die Tür ein, die der Mann aus Nachlässigkeit nicht richtig geschlossen hatte. Dann stand sie am Küchenschrank und schnitt an einem Brot herum. Ihr Gesicht vermochte der Mann nicht zu sehen, weil das geringe Licht der Lampe auf ihrem Rücken lag. Sie trug Brot zum Tisch an einer feuchten Wand, davor der Mann sass und sich die Steifel auszog.

Später steckte sie das nackte Bein eines Kindes zurück unter die dumpfe Bettdecke. Das Kind öffnete ein wenig den Mund, lallte im Traum ein paar helle Worte und legte sich seine kleine Hand vor die Stirn. Die Hand fiel in unebwusster Regung bald wieder herab. Auch die zierliche nackte Ferse kam wieder unter der Decke hervor.

Die Mutter ging auf sa Bett zu. Ihre Schritte verzögerten sich. Sie wandte sich nach dem Mann um - plötzlich. Als wenn er sie gerufen hätte. Er hatte sie nicht gerufen. Er hatte nicht einmal eine andeutende Bewegung gemacht. Mit einem fleckigen Messer strich er sich dünnen Käse auf ein Stück Brot. Die Frau verbarg jetzt wieder das rote Ferslein des Kindes. Sie fasste es ganz leise an, wie man kostbares Porzellan berührt.

Der Mann ass. Die Frau sass auf dem Bettrand, und wartete, bis der Mann das Messer beiseite legte. Er schob es langsam mit vier Fingern über dem Holztisch, als wollte er in diese Stille ein Geräusch legen, das vielleicht die Frau oder auch ihn zum Sprechen bewegen könnte. Er horchte, ohne hinüber nach dem Bette zu sehen. Beide lauschten. Ihrem eigenen Schweigen lauschten sie, und wenn jetzt einer von ihnen gesprochen hätte, wäre es eine fremde Stimme gewesen.

Draussen am Fenster kletterte der Schein einer Wagenlaterne vorüber. Beide Menschen sahen mit schiefen Augen nach dem Fenster hin. Sie hörten Räder auf dem holprigen Pflaster klappern und warteten bis das Geräusch sich in der Ferne

verkroch- Dann räumte die Frau die Schüssel weg, in der nur noch ein Rest des dünnen Käses zurückgeblieben war. An anderen Tagen liess sie alles auf dem Tische stehen und wusch erst morgens das wenige Geschirr ab. Um die grosse Stille zu zerstören, tatb sie es diesmal schon heute Abend. Klirrte mit ein paar Tellern. Dann hockte sie wieder auf dem Bettrand, und als der Mann die Tür abschloss, begann sie, sich auszuziehen. Immer suchte sie seinen Blick zu fangen. Aber es gelang ihr nicht.

Jetzt nahm sie das Kind behutsam aus dem Bett und trug es auf eine Lade, wo unter wollenen Decken ein anderes Kind schlief.

Der Mann machte sich inzwischen am Gasherd zu schaffen. Sie ging zu ihm. Sie hielt furchtsam ihre Hand vor die schmalen, festen Lippen. Als der Gashahn rauschte, griff sie nach seinem Arm und rief ein kurzes hastiges Wort in seine Augen: "Du!"

Das Wort traf. Es war wieder die Stille da. Der Gashahn rauschte nicht mehr. Dann sagte der Mann: "Geh schlafen!"

Die Worte fielen wie zerbröckelter Kalk aus der harten Mauer seines Mundes. Das Weib musste sie aber verstanden haben, denn sie legte sich ins Bett, wie ein vom Fieber müde gewordenes Kind, das sonst gern widerspricht und nun froh ist, verdämmern zu können, hinabzusinken ins Dunkle, das hinter der kleinen elektrischen Lampe wartet- Und das Lampenlicht liegt so schwer in diesem toten Raume.

Wieder rauscht der Gashahn. Der Mann sitzt am Ofen, hat den Kopf steil nach hinten an die Kacheln gelehnt. Fast müsste es ihn schmerzen. Er bleibt so sitzen.

Der Gashahn rauscht. Der Kopf des Mannes sinkt herab. Sein Kinn liegt jetzt auf dem Hemd im Schlitz der Weste. Er hört, wie jemand durch den Flur geht, die Treppe hinauf, Ein Türfall bringt die Stille wieder...

in die nur der Gashahn so seltsam singt. -

O.F. Heinrich.

Aimé und Madeleine.+

SPD. Madeleine und Aimé hätten eine glückliche Ehe führen können, wenn... Ja, wenn sie gewollt hätten. Aber Aimé, der Geliebte, 30 Jahre alt, Weinhändler in Paris, Vater von drei Kindern, wurde eben zu viel geliebt. Und leider nicht von Madeleine allein. Er hatte, wie es heisst, nicht eine Freundin; er hatte ihrer ein halbes Dutzend. Madeleine dagegen ist tugendsam, das heisst: für Pariser Verhältnisse. Sie besass nur einen Freund und war auch sonst ein Durchschnittsweibchen. Bei Aimé jedoch war alles aussergewöhnlich. Er war nicht allein ein Mal, sondern sogar schon zwei Mal wegen Mordes freigesprochen worden, Und stets wegen Mangels an Beweisen!

Einmal in der Woche brachten Aimé und Madeleine den Abend einträchtig bei Geschäftsfreunden zu. Mancher Flasche Champagner wurde dabei der Hals gebrochen, und bei einer dieser feuchtfröhlichen Zusammenkünfte, als man bereits bei der neunten Flasche angekommen war, lagen sich Madeleine und Aimé, der Geliebte, plötzlich in den Haaren. Geschäftsfreund nebst Familie beteiligten sich nach Herzenslust an dieser ehelichen Auseinandersetzung und als schliesslich die Räuerei auf ihren Höhepunkt stieg, Fensterscheiben in Scherben gingen und Aimé, der Geliebte, einen brennenden Kanonenofen auf dem Haupte der Schwiegermutter - sie war auch mit von der Partie - zertrümmern wollte, eilten die Schutzleute herbei. Aimé, der Geliebte, wurde unter allgemeinem Beifall an die kühle Dezemberluft gesetzt und verschwand in der Nacht.

Als er gegen vier Uhr morgens, noch um einige Prozent alkoholhaltiger, das traute Heim aufsuchen wollte, erwartete ihn Madeleine schon hinter der Tür. Nicht mit dem Ausklopfer, wie Ehefrauen von gestern das zu tun pflegen, sondern mit dem Revolver. Aimé suchte ihn ihr zu entreissen, ein wildes Handgemenge ent-

spann sich auf dem dunklen Korridor, ein Schuss krachte plötzlich, noch einer... Aimé, der Geliebte, rollte tot die Treppe hinunter....

"Ich wollte Selbstmord verüben", erklärte Madeleine auf der Polizeiwache, auf die sie wegen Lorges gebracht wurde. "Einer von uns musste weichen. Ich war bereit, es vor Aimé's Augen zu tun, aber das Schicksal hat es anders gewollt..."

Madeleine wurde verhaftet und hat sich demnächst vor dem Schwurgericht zu verantworten. Dass sie freigesprochen wird, steht heute schon fest. Mord aus Leidenschaft, "Drame passionnel", wie der Franzose sagt-- welcher Pariser Geschworene wagte da einen Schuldspruch zu fällen...."

B.M.V.

Mnemotechnik. +

SPD. Frau Schlesinger hat auf ihrem Küchenbrett eine Unmenge Porzellanbehälter stehen, denen aufgedruckt ist: Zucker, Graupen, Nelken, Gries, Reis, Zimt, Mehl, Salz, Pfeffers, Kaffee und manches andere.

Teils besitzt Frau Schlesinger diese Dinge nicht, teils ist sie auch lie-derlich, sodass im Zuckertopf nicht immer Zucker ist und der Graupentopf auch manchmal Matjesheringe enthält.

Als ich sie eines Morgens aufsuche und sie gerade beim Kochen störe, wirft sie aus den geöffneten Behältern, ohne recht hinzusehen, nur immer so ganze Handteller voll, dann aber auch wieder nur Fingerspitzen in die brodelnden Töpfe. Ich schaue zu und schaue zu und frage am Ende, woher sie denn wisse, mit welchen Gewürzen sie es zu tun habe, da doch offensichtlich die Aufschrift der Behälter sich nicht mit ihrem Inhalt decke.

"Wissnse", lächelt sie, "hier sedzd de Nemedehnigg ein. Sehnsse: Im Zuggr is dr zimd. Bein Graubn is de Grizde. Bein Nelggn sin de Nuudln..."

Ich werfe einen Blick in den Zucker=, den Graupen=, den Nelkentopf.

"Frschdehnse!s nu?"

"Ja, aber statt des Zuckers ist ja gar nicht Zimt, statt der Graupen ist nicht Grütze drin???"

"Nee, so einfach is das ooch nich. In den gleen Nelggendobb beischbielweise gehn geene Nuudln rein, awr forn Musgaad isr gud. Nichwahr: Nuuuudln- - Muuuusgad....!"

Und da nahm sie aus dem Pfeffertopf einen Marmeladepatzen und strich ihn mir aufs Brot.

Drago.

SPD. Ein Kind von heute.+ Ein altes englisches Scherzrätsel für Kinder lautet: "Warum läuft denn das Huhn über den Stras endarm?" - Antwort: "Um auf die andere Seite zu kommen." Ein Vater, der neulich diese Frage an seinen kleinen Sohn richtete, erhielt wie in einem englischen Blatt erzählt wird, umgehend die Antwort: "Um totgefahren zu werden."

SPD. Das Salonpüppchen.+ "Früher hat meinem Manne bei mir immer alles geschmeckt, und jetzt...."

"Was ist jetzt?"

"Jetzt schmeckt ihm garnichts mehr, seitdem ich selber kochen gelernt habe!"

Kunzt und Zeiten

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 19. Dezember 1929.

Die Strasse des Sieges. +

Von unserem Balkankorrespondenten.

SPD. Das war nämlich so: Als der Emir quer über den Tisch gerülpst und Kaviar unter das Volk hatte streuen lassen, liess er seinen Chef=Eunuchen rufen, schlug ihn zum Zeichen seiner Anhänglichkeit mit einem Gong-Klöppel vor den Bauch und flüsterte ihm ins Ohrwatscherl: "Mein liebes Cheflein! Ich bin Herrscher der Walachei. Gründe mir neben meinem Zeltlager eine Hauptstadt! Lass Häuser bauen, pflanze Männlein und auch Weiblein an, und pflastere eine Strasse, in der ich mich tagtäglich meinen geliebten Walachen zeigen kann! Damit auch etwas Poesie in der Suppe brodele, nenne diesen Pflasterweg die Strasse des Sieges!"

Gesagt - getan! Im Laufe von zwei Jahrhunderten sind die Emirs und die Paschas aus Rumänien gejagt worden und geflogen. Sie rülpsten nach fetten Bräuten und öligen Weinen wonnevoll heute nur noch im Innern Asiens. Sie lassen keinen Kaviar mehr unter das Volk streuen, weil sie keinen haben, und noch viel weniger Gold, weil sie pleite sind. Das Zeltlager steht nicht mehr, wohl aber die Hauptstadt daneben, Bukarest. Die ersten Häuser haben schon zweiten, dritten und vierten ihren Platz einräumen müssen, und einige beginnen bereits, die Wollen zu kratzen. Der Pflasterweg aber steht noch immer, in dem einst Eselgeheul und das Getrappel von Sultansgäulen ertönte, in dem der Emir und der Pascha, der Gross- und der Klein-Vesir fröhlichen Gemütes Kaviar unter das Volk streuen liessen und bei umfonstertem Horizont die Walachen bläuten, mit Ochsenziemern und Zaunlatten. Die Strasse des Sieges ist heute eine Calea Victoriei, beängstigend schmal und zu gewissen Tagesstunden nur mit Lebensgefahr zu betreten. Ein toller Rummel, der zu den ungezähltesten "Impresionele" (Eindrücken) Anlass gibt, eine einzige grosse Puderwolke, ein Fass voll Schminke, eine Fahre Monokel, viel Gänseschmalz mit Knoblauch, gepflegte Männerbärte, unenfliche, wattegebauchte Gent-Schultern, ab und zu Pferdeäpfel, meistens ein Weltall von verpufftem Benzin. Gasse des Sieges: Strasse, Flirt, Geschäft, Börse für tote und lebende Ware, Kanzlei, Taschendiebe, Kuppelei, Reklame von Modehäusern, Protzendum, falsche Brillanten, Rassehunde, stolze Kaleschen, rassige Autos, Puppen von Kutschern, ein Regiment ohnmachtnaher Verkehrspolizisten, viel Uniformen mit geröteten Wangen, nachgezogenen Augenbrauen, puderbelegten Nasen, Ohren und Stirnen, antisemitische Studenten mit niedlichen Judenknospen, ein Pfarrer, ein Mönch, ein Rabbiner, Zeitungsjungen, Blumenfrauen, Kinderwagen: Gasse des Sieges.

Ebbe folgt hier auf Flut wiederum Flut auf Ebbe. Während Kopf und Fersen dieser langgezogenen Wurst vom werdenden Senat bis zum zusammengestürzten Bogen des Sieges kolimeterweit voneinander getrennt liegen, tagt der Korso nur auf wenigen hundert Metern. Und obgleich zwei Bürgersteige das Gässlein säumen, drängt, umtastet, drückt, schiebt, wetzt man sich lediglich auf der einen Seite. Ein Haufen Fleisch, der wankt und zittert gleich einem Lämmerschwanz, gleich einer indischen Pagode im Takte wedelt und steht. Aeusserlich betrachtet etwas Unverständliches, im Kerne gesehen eine sexuelle Angelegenheit. Zweihundert Meter in dreissig Minuten bei freier Fahrt, Samstags und Sonntags fünfzigprozentige Fahrtverlängerung bei stärkerer Nachfrage und gesteigertem Angebot. Die Feinsten der Feinen sitzen dabei auf der Tribüne eines Kaffeehauses, das nur die Spiegelscheibe vom Trottoir trennt, dicht gedrängt und starren.

Blickes, ohne Bewegung, scheinbar ohne Herzschlag, und doch in fiebernder Verfolgung des Schiebens auf der Rennbahn. Und alles eine grosse Familie. Keiner will den andern kennen. Der Chef übersieht das Tippfräulein und der Herr Morgenrot die Frau Morgenrot. Was kann's schon schaden; zwei Stunden Drücken von 6 bis 8 hält Leib und Seele zusammen und hält den Geist frisch. Bukarest ohne Calea Victoriei, Calea Victoriei ohne sechs bis acht Uhr, sechs bis acht ohne Schnecken-tempo und Ausverkauft, Besetzt, Massenpsychose: unvereinbare Begriffe. Dabei ein ständiges Zu- und Abströmen, ein Einbiegen in finstere Nebengassen, ein Unsichtbarwerden in Kremsern und Autos, Gegenwart und Vergangenheit in einem. Lange Wandler sind unzufriedene Wandler und haben den Anschluss verpasst: den fälligen Wechsel, die versprochene Gehaltserhöhung, die untreue Leni, den Bakschisch. Frauen wiederum, die lang warten, gelten alsteuer und finden nur vom Einunddreissigsten bis zum Fünften schnelleren Absatz.

So bunt das Bold, so rassig die Würze des Brodems, der zu den Sternen steigt, so verjüngt auch die ältesten Semester, die tugendfromm gleich Möpsen, schelmisch blinzelnd, über den Corso fegen; so unharmonisch die Rhapsodie, die über dem Ganzen lagert und Wahnsinn kündigt. Der Mann ist dabei die zarte Fiedel, die Frau schon Trompete und Saxophon, das Auto Posaune und die ungezählten Lautsprecher mit ihrer "Aida" im Kropf und den Wetterberichten in der Gurgel Schlagzeug und Orgel. Aus jeder Etage schaut solch ein Schwanenhals heraus und kündigt der begeisterten Menge, die's nicht hören will, dass die Regierung Maniu die beste Regierung Rumäniens sei, und dass Herr Bratianu sich mit Nivea rasiert, dass der Räuber Tombuki in den Karpathen Dreien den Hals umgedreht habe und der Lei stabil sei. Aus der gegenüber liegenden Fassade hört man die "Lustige Witwe" auf Welle 516 aus Wien und Frau Mathilde auf Welle 240 aus Kassel über Kinderwindeln aus Grossmutter's Brautschleier. Dort wiederum preist man durch Radio Wohlfahrtslose und Witwenball, Wanzenpulver und den Speisezettel an, den sich für die kommende Woche das Gasthaus zu den "Drei nickenden Fichten" leistet. Da diese Wahnsinnsschreier sich dazu noch dem Pflaster zuneigen, die Strasse eng und winkelig ist, die Passagiere ansehnliche Kompagnie darstellen, ist der jüngste Tag nahe! So geht's jahrein, jahraus, so geht's im Frühling, Sommer, Herbst und Winter so geht's des Mittags zwischen elf und eins und des Abends zwischen sechs und acht. Bukarester Calea Victoriei mit gleissenden Läden und protzigen Auslagen, hohen Preisen und Masken vor den Gesichtern derer, die Chefs und Patrone, Verkäufer und Personal sind. Masken vor Allem, was sich hier drängt und schiebt, wetzt und tastet, Masken vor den Lautsprechern, die ja garnicht die Kunst, das Referat vermitteln, sondern nur Reklame machen, Masken vor den Männer- und Frauengesichtern, die sich einander anziehen und sich ganz anders geben, als sie in einer halben, einer ganzen Stunde sind. Maske einer Hauptstadt, die viel, sehr viel zu verborgen hat und sich den Schleier doch so ungeschickt anlegt, dass man die Blössen auf den ersten Blick erfasst. Calea Victoriei mit ihren "Impresionele".

SPD. Röntgenaufnahmen ohne Kamera. + Wenn man hinter dem Rücken einer Person eine Röntgenröhre arbeiten lässt und vor dem Körper einen Leucht- oder Fluoreszenzschirm aufstellt, so sieht man auf diesem das Knochengerüst als dunkles Schattenbild. Diese Ansicht ist aber natürlich vergänglich. Soll ein festes Bild gewonnen werden, so braucht man dazu photographische Künste. Das erübrigt sich jedoch, wenn man einen sogenannten Störchschnabel anwendet. Dabei wird das Bild auf dem Leuchtschirm mit einem Stift umfahren, der aber nicht "zeichnet", und mit diesem ist dann ein Gestell verbunden, das die Bewegungen auf einen Bleistift so überträgt, dass dieser auf einem nahen Blatt Papier eine vergrösserte Zeichnung der inneren festen Organe liefert.

Berliner Theater.

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: Der Spielplan der Berliner Bühnen stand in den letzten Wochen vor Weihnachten durchweg im Zeichen des leichten, gefälligen, anspruchslosen Unterhaltungsstücks. Neuartige literarische Qualitäten traten kaum in Erscheinung, dagegen fast überall ein sauberes, wirkungssicheres Lustspielhandwerk. Auffällig war höchstens in einem Falle die Person des Verfassers, der sich sonst als Opernkomponist, also auf einem ganz andern Felde, betätigt. Max Wolff hat einen Schwank in 24 Bildern geschrieben, der unter dem Titel "Reserviert für Herrn Gaston" seine Uraufführung im "Berliner Theater" erlebte. Es lässt sich denken, dass der Verfasser ursprünglich das Textbuch zu einer Art musikalischen Revuestückes schaffen wollte und hernach mit Rücksicht auf das erforderliche flotte Spieltempo von einer musikalischen Zerdehnung abgesehen hat. Die Idee von der Geschichte eines kostbaren Pelzes, den ein lebensmännischer Junggeselle seiner ihm dem Namen und den persönlichen Verhältnissen nach unbekanntem Geliebten zum Abschied schenkt, und der nach mancherlei Irrfahrten schliesslich ebenso wieder bei der ersten Empfängerin landet wie die Geliebte in den Armen ihres Liebhabers, ist an sich durchaus ergiebig. Auch die Entwicklung der Handlung ist logisch und in ihrer komplizierten Verknüpfung voller Spannung. Leider erschöpft sich die Gestaltungskraft des Verfassers in zwei überraschungsreich und witzig aufgebauten, für Regie und Darstellung dankbaren grossen Szenen, während alle Zwischenstufen der Handlung sich mangels jeder feineren Pointierung nur mühsam dahinschleppen.

Es scheint also wirklich, dass wir den Import ausländischer Lustspielware nicht entbehren können. Von dem Engländer Frederick Lonsdale, dessen Lustspiel "Mrs. Cheneys Ende" vor einigen Jahren einen grossen Erfolg auf den deutschen Bühnen hatte, lernten wir in den "Kammerspielen" das Lustspiel "Zur gefälligen Ansicht" kennen. Zwei Frauen verbringen mit den beiden Männern, die als ihre künftigen Ehegatten in Betracht kommen, erst einmal einen Probemonat, in einem einsamen Landhaus und stellen dabei fest, dass die vorgesehenen Ehepartner durchaus nicht zueinander passen. Vielleicht ist aber über Kreuz eine andere Paarung möglich? Oder werden die beiden Männer durch ihre Erfahrung doch noch für den gewünschten Bund geeignet? Mit dieser unbeantworteten Frage entlässt uns der Verfasser. Man wird diesen Lustspielstoff schwerlich gerade als originell bezeichnen können. Aber die lebendige Charakterisierung der Personen gibt Anlass zu den amüsantesten Szenen und auch zu tieferen Menschlichkeits-schilderungen. Vor allem verdient es hohe Anerkennung, zu welcher reizvoll unterhaltsamen, flotten Lustspielhandlung der Verfasser das Zusammenspiel von nur vier Personen zu gestalten vermag.

Literarisch anspruchsvoller ist das Schauspiel "Vom Teufel geholt" von Knut Hamsun. Max Reinhardt hat es schon einmal im Frühjahr 1914 in den "Kammerspielen" inszeniert. Diesmal hat er in der "Komödie" am Kurfürstendamm dem Werke seine unheimlich konzentrierte, zupackende, faszinierende Regiekunst gewidmet. Von allen dramatischen Werken des grossen norwegischen Epikers lassen sich aus diesem die eindringlichsten Bühnenwirkungen herausholen. Zwar ist die Schilderung der Versumpfung und Verrottung der feinen Gesellschaft etwas einseitig und übertrieben, wohl auch im Szenengefüge ein wenig an französischen Vorbildern geschult, aber sie zeigt treffsichere Charakterisierung und starke Spannung und ist von nordisch herber Erdgebundenheit und mystischer Wucht erfüllt. Die von den hervorragendsten Darstellern getragene Aufführung (Lucie Höflich in der einst von Gertrud Eysoldt verkörperten weiblichen Hauptrolle, Klopfer anstelle von Schildkraut) bietet ein seltenes schauspielerisches Erlebnis.

Ein ganz anspruchsloses, jedoch geschickt und nicht ohne Witz gemachtes

Unterhaltungsstück ist das im Theater "Die Tribüne" aufgeführte Lustspiel "Drei Herren im Frack" von Hans Adler. Um die Gunst einer berühmten Filmdiva bewerben sich ein geschäftstüchtiger Filmdirektor, ein schwärmerischer, trottelhafter Jüngling und ein charmanter - Gentleman=Einbrecher. Selbstverständlich bleibt der routinierte Geheimknacker und Menschenkenner in diesem Wettkampf Sieger. Diese unwahrscheinlich ausgedachte Handlung gibt dem Verfasser Anlass zu allerhand amüsanten Situationen und treffenden ironischen Bemerkungen über manche aktuellen Zeitfragen. Das ganze Stück ist eigentlich ein etwas zu ausgedehnter, jedoch vergnüglicher und grossenteils kurzweiliger Sketsch.

Alle diese Darbietungen werden freilich in den Schatten gestellt durch die im "Renaissance-Theater" neue einstudierte Operette "Pariser Leben" des Meisters Offenbach. Trotzdem sich das Textbuch eine nicht gerade geglückte Bearbeitung hatte gefallen lassen müssen und von den verschwenderisch gebotenen mitreissenden musikalischen Einfällen des Komponisten leider allzu viel mit Rücksicht auf die Dauer des Theaterabends gestrichen worden war, blieb ein erstaunlich lebendiger Gesamteindruck von dieser Aufführung. Diese Musik ist in ihrer unwiderstehlich befeuernden Rassigkeit gänzlich unveraltet; ihre stürmenden Galopprrhythmen zucken dem Zuhörer durch alle Glieder, und ihre lyrischen Partien sind berauschend und glutvoll wie schwerer Wein, dabei woltenweit entfernt von der heute üblich gewordenen schmalzigen Sentimentalität. Die für dieses intime Theater vorgenommene Bearbeitung für kleines Orchester mit zwei Klavieren lässt die Fülle musikalischer Reize und die gediegene Satzkunst gut zur Geltung kommen, und das wirbelnd bunte, ausgelassene Spiel unter Gustav Hartungs Regie überträgt die Stimmung jubelnder Lebenslust von der Bühne in den Zuschauerraum.

Das überhaupt bemerkenswerteste und bedeutsamste Künstlereignis spielte sich jedoch auf gar keiner Bühne ab, sondern im Konzertsaal der Philharmonie. Der von dem verstorbenen Siegfried Ochs begründete "Philharmonische Chor" trat zum erstenmale seit dem im vorletzten Frühjahr erfolgten etwas unfreiwilligen Rücktritt seines Begründers wieder an die Öffentlichkeit und hatte sich gleich eine schwierige, freilich auch dankbare Aufgabe gewählt: die ungekürzte Wiedergabe der "Johannes-Passion" von Bach. Der neue Dirigent Otto Klemperer muss mit dem über prächtiges Stimmenmaterial verfügenden Chor äusserst gewissenhaft und gründlich geprobt haben, und die Chormitglieder geben sich mit ganzer Inbrunst an die Ausführung aller Intentionen dieses wahrhaft genialen Dirigenten hin. So gab es unter Mitwirkung ausgezeichneten Solisten ein selbst für Berliner Verhältnisse aussergewöhnliches Musikerlebnis, dessen Herrlichkeit man vor Bewunderung und freudiger Erregung überhaupt nicht mehr mit Worten ausdrücken kann.

Bz.

Um die Sylvesterstunde. +

SPD. Im Kamin brennt das letzte Holzscheit leise knisternd seinem Ende zu langsam verglühend - flammt noch einmal auf in letztem heissem Lebensumfangen - ein Schattenspuk erhebt sich an der Wand meines Zimmers, und draussen duckt sich die Nacht wider die Fensterscheiben, eine kalte Winternacht.

Lange blicke ich hinaus. Da liegen die stille, tiefverschneite Strasse und dahinter die Berge, die hochansteigenden Berge. Weit verstreut kleine Häuschen, die, müden Pilgern gleich, am Fusse der Berge auszuruhen scheinen. Eine schwere, blendend weisse Decke dehnt sich darüber, als sei ein riesengrosses Leichentuch über die Erde ausgespannt. Auf den dunklen Höhen der Gebirgsketten erhebt sich mondgespenstisch eine endlose Reihe schwarzer Tannen, feierlichen Leidtragenden ähnlich.

Jäh, wie von unsichtbarer Hand, wird mein Fenster aufgerissen, Eisig weht es zu mir herein. Gerade unter meinem Fenster aber hält ein Reiter sein matt schnaubendes Pferd an, sodass seine Gestalt vom Sattel aus über die niedere Fensterbrüstung hinausragt. Schwarz sind Ross und Reiter.

"Ich komme Abschied nehmen", flüstert mir der Fremde mit heiserer Stimme zu. Ich sehe in ein bleiches, verwittertes Antlitz, in ein paar nachttiefe, fast erloschene Augen. Unter dem breitkrepfigen Hute fallen zerzauste schwarze Haarsträhnen bis auf die Schultern herab.

"Ich bin das alte Jahr!" spricht er weiter mit seiner matten, brüchigen Stimme. "Müde und abgehetzt gleich dir - wie du enttäuscht und leer, nur die Friedenssucht im Herzen. Auf meinem treuen, unermüdlichen Rappen bin ich meine Strecke dahingerast, ein Gespenst der Zeit, und bald habe ich mein Wegziel erreicht. Wagefroh und lachend begann mein toller Ritt; erschöpft und schweigend werde ich nun am Ende meiner Kreisbahn in die ewige Stille einlenken. Ich habe die Menschen kennen gelernt. Alle. Anfangs habe ich sie geliebt, denn sie lachten mir froh und vertrauensvoll entgegen. Später aber lernte ich sie mehr und mehr verachten. Die meisten wandten sich gar bald von mir ab, weil ich ihr töricht' Wünschen nicht erfüllen konnte. Wenige blieben mir treu, wenige liebe ich noch. Hörst du den fernen, ausgelassenen Jubel, das wilde, berauschte Geschrei? Es gilt meinem Nachfolger. Doch auch von ihm werden sie sich bald genug abwenden - die Undankbaren!"

Des Fremden tieftraurige Augen sind während der letzten Worte in die nächtliche Ferne gerichtet, und jetzt bemerke ich den herben Leidenszug in seinem edlen Antlitz. Mein ganzes Wesen drängt mich zu diesem Manne hin - wie ein Zauberbann liegt es auf mir. "Nimm mich mit dir - in deine ewige Stille!" bitte ich.

"Das kann ich nicht!" erwidert er ernst und milde. "Du gehörst ja der Zukunft! Darum kam ich dir Lebewohl sagen; denn dich hab' ich lieb gewonnen. All das, was uns vereint hat, wollte ich dir noch einmal zeigen, ehe ich für immer von dir gehe. Sieh dorthin!"

Wirklich - da steigt es herauf aus der Finsternis, ein endlos bunter Regen, düstere und helle Stunden, Leben und Tod, Hass und Liebe. All meine Torheiten und Träume schweben vorüber. Aber auch trotziges Schwerter blitzen dazwischen auf, meine Kämpfe. Und all meine Lieben ziehen vorüber und grüssen mich lächelnd - und jetzt - in langem Zuge all meine Schmerzen. Hässliche Fratzen tauchen dazwischen auf, höhrende, grinsende Menschenfratzen. Schauernd schliesse ich die Augen. Da legt er seine Hand in die meine und flüstert mir eindringlich zu: "Du sollst nicht, darfst nicht verzweifeln - du musst das Leben lieben! Blicke noch einmal auf!"

Scheu öffne ich die Augen. Jubelndes Licht ist um mich - zerfließt und weitet sich in eine Strasse. Und auf dieser Strasse drängt heran Reihe auf Reihe in unaufhörlichem Zug eine kommende Menschheit, mit Augen der Wahrheit, das Bekenntnis der Freiheit auf singenden Lippen: Friede auf Erden!

Schweigend drückt der schwarze Reiter meine Hand, blickt mich an - und seine Augen sind mit einmal voll Glanz und Schönheit. Und schweigend reitet er davon. Langsam, abgemattet, tragt der edle Renner seinem Ziele zu. Einmal noch blickt der Reiter zurück und hebt grüssend die bleiche, schmale Hand.

Lange noch lehne ich an dem nun wieder geschlossenen Fenster und träume in die stille Winternacht hinaus. Meine Wirtin tritt ein und bringt neue Holzscheite. Lustig flackert der Feuerschein auf und erfüllt das Zimmer. Vergnügliches Knistern dringt aus dem Kamin, warm und traulich wird es in meiner Stube.

Da plötzlich stechen die Schläge der Turmuhr in die Stille der Strasse hinein - und dann künden es weithin die Glocken: Ein neuer Herr steht vor der Pforte!

Wie er auch sein mag - er ist jung!

Karl Schneider=de Witt.

Sylvesterpunsch.+

SPD. Am 28. Dezember schwamm die "Hanne Wickers" mitten im Atlantik. "Hanne Wickers" war ein alter Dreimatschoner, auf dem ich als Vollmatrose angeheuert hatte. Vor 10 Tagen hatte sie Plymouth verlassen. Nun war sie auf der Fahrt nach Südamerika. Es gab harte Arbeit und wenig Ruhe. In einigen Tagen sollte ich an Bord dieses alten Kastens Jahresende und Jahresanfang erleben. Ich war der jüngste an Bord. Kein Wunder, dass die alten, wetterfesten Kameraden, die in ihrer Jugend misshandelt und getreten worden waren, versuchten, an mir das Gleiche zu tun. Da kein jüngerer als ich da war, hätten sie gar zu gern gesehen, dass ich "Mädchen für alles" gewesen wäre. Ich aber machte ruhig meinen Dienst und liess Anspielungen und Anrempelungen unbeachtet. Nur mit einem hatte ich mich angefreundet, mit Karl Dannappel. Karl war etwas schwerfällig, und in vielen Dingen bildete er die Zielscheibe des Spottes unserer Kameraden. Ich hatte ihm in den wenigen Tagen, da wir bereits zusammen waren, manche Gefallen erwiesen. Der arme Teufel tat mir leid. Unser gefährlichster Gegner war der schielende John, ein alter Kapitän, der aus irgend einem Grunde das Schiffspatent verloren hatte.

Am 28. Dezember kam ich mit ihm aus irgend einem Grunde in ein erbittertes Handgemenge. Er versuchte, mich brutal niederzuschlagen. Ich konnte mich an seiner Hacke festklammern und ihm die Finger in die Augen stossen, die Nase empordrücken und ihm so zusetzen, dass er mich, von Schmerzen geschüttelt, losliess. Wenn John ein anständiger Kerl gewesen wäre, so hätten wir nun eigentlich Freunde werden müssen. Aber Karl Dannappel, der ihn gut kannte und schon manche Reise mit ihm gemacht hatte, sagte zu mir: "Jetzt nimm Dich in acht! Dat givt min Dag niks Gauds."

Zunächst jedoch liess mich John unbehelligt. Der Dienst ging seinen alten Gang, und nichts deutete darauf hin, dass Karl recht behalten sollte. An der Jahreswende hatte ich Wache, und als ich abgelöst wurde, bot mir Karl den Rest vom Sylvestergrog, den uns der Alte gespendet hatte. Ich war durchgefroren und müde, goss hastig den warmen Trank hinunter und wollte mich in die Koje legen. Da sah ich, wie John ein böshaftes Lachen zu verbergen suchte....

Ich lag in meiner Koje und dachte darüber nach, was dieses Lächeln bedeuten sollte. Aber meine Gedanken verwirrten sich. Alles erschien mir verwandelt. Ich sah die alte Grosstadtwohnung, in der ich mit meiner Mutter als Junge gewohnt hatte, hörte Pferdegetrappel und sah, wie ein Mann in die Stube trat und forderte, dass die Pferde durch unsere Wohnung geführt würden. Vergebens suchte ich dem Manne klar zu machen, dass wir das nicht erlauben könnten, dass es Unfug sei. Er wollte nicht davon abgehen. Auf die Frage meiner Mutter, wie er denn zu diesem Verlangen käme, erzählte uns der Mann, dass er ganz aussergewöhnliche Pferde besässe, die zu rechnen verstünden. Zum Beweise seiner Behauptung malte er ein grosses Quadrat ins Zimmer, teilte es in zahlreiche kleinere Quadrate ein und schrieb die Zahlen von 1 bis 50 hinein. Ohne unsern Protest zu beachten, führte er dann einen Schimmel ins Zimmer und liess ihn rechnen. Zuerst stellte er ihm die Aufgabe, die Zahlen 5 und 8 zusammenzuzählen. Das Pferd stellte seinen rechten Vorderfuss in das Quadrat mit der Zahl 13. Der Mann sah mich triumphierend an, sprach jedoch kein Wort. Die zweite Aufgabe lautete: 7 + 6. Wieder stellte das Pferd seinen rechten Vorderfuss in das Quadrat mit der Zahl 13. Der Mann sah uns vergnügt an. Dann wandte er sich wieder dem Schimmel zu und rief: 3 mal 13! Und richtig! Das Pferd fand die Zahl 39. Darauf sah uns der Mann böse an und schrie, dass wir alle Idioten seien, rannte hinaus und kehrte mit seinen übrigen Pferden zurück, die er alle durch unsere Wohnung führte. Ich war wie gelähmt und konnte dem Unfug keinen Einhalt gebieten. Plötzlich fühlte ich mich von eisernen Armen gepackt und hatte die Empfindung, dass man mich an einen Felsen schmiedete. Dann traten Mönche um mich herum und sangen ein Sterbelied. Ein Mann zu meinen Häupten sprach einen Vers in fremder Sprache

und dann war mir, als ob ich einen entsetzlichen Schrei ausstossen müsste. Ich riss mit übermenschlicher Anstrengung die Augen auf und sah über mir Wolken und Sterne. Gespenstisch tanzten die Mastspitzen gegen den Himmel und beschrieb merkwürdige Kreise. Ich versuchte, die Augen offen zu behalten. Aber das kostete mich unendliche Mühe. Dann verlor ich das Bewusstsein.

Ueber 14 Tage lag ich so in meiner Koje. Karl Dannappel erzählte mir später, dass sie mich für tot gehalten hätten, dass ich in jener Nacht, als ich den Sternenhimmel des Atlantik über mir sah - drei Tage nachdem ich den verhängnisvollen Sylvestertrunk genommen hatte - auf ein mit Bleistückchen beschwertes Brett geschnallt war, und dass der Ozean mein Grab werden sollte. Gerade als der Alte das Vaterunser gesprochen habe, hätte ich plötzlich einen marker-schütternden, entsetzlichen Schrei ausgestossen, bei dem es allen kalt den Rücken herunterlief. Der schiefe John sei davon gestürzt, und der Alte, der tot-blass vor Schreck geworden war, habe mich sofort sorglich in meine Koje bringen lassen. Karl Dannappel schloss seine Erzählung mit den Worten: "De vadammt Hund, 'de John, het Du wat int Glas dan. Dat war een Sylvestergrog, an den ich min Dag denken wer."

Willy Möbus.

Die frohe Botschaft.+

So kündet eine alte Schrift:
Es schlummern Hirten auf der Trift,
Da strahlt vom Himmel hell ein Licht,
Und eine Engelstimme spricht:
Beim Tier im Stall auf schlechtem Stroh
Ein Kindlein ruht, Das grüset froh!
Das wird der Menschen Heiland werden!
Denn Friede heisst sein Reich auf Erden! -

Ein neuer Stern stieg funkelnd auf.
Drei Kön'ge folgen seinem Lauf.
Auf eine Hütte fällt sein Schein,
Sie treten in die Armut ein.
Voll tiefer Demut beugen sie
Dem Bettelkinde Herz und Knie.
Vom Haupte nehmen sie die Krone
Und huld'gen frömm Mariens Sohne. - -

Dies Märchen tönt uns Jahr um Jahr.
Doch einmal - einmal wird es wahr.
Der Heiland kommt - von unten her
Aus Armut, Not und Leiden schwer.
Die Mächt'gen räumen ihm den Thron,
Die Menschheit grüsst den Menschensohn,
Und Frieden sät er allerenden
Aus seinen riss'gen Arbeitshänden.

Paul Mochmann.

Hundert Tage Eifersucht.

Roman von Pierre Humbourg.

Copyright by Verlag von Th. Knauer Nachfg., Berlin W.50.

22)

SPD. Er hätte Mevel gerne erzählt, was er zu Olga gesagt hatte und was er über die Liebe und die Frauen dachte. Er suchte nach Worten:

"Nun, Mevel, weine nicht, das führt zu nichts... Du bist ein Mann. Gerade zu vor hat Olga -"

"Sie ist vorige Woche gestorben," erwiderte Mevel.

Loulou gab es auf. Er dachte, Mevel sei verrückt wie Capuri und würde, wie Capuri, sterben.

14.

Der Sturm hatte sie am Cap Creus überrascht.

Ein schwerer Wind aus Nordosten schüttelte die "Tlemcen", die mit jähren Wendungen über die hohe See tanzte. Ein dichter Regen peitschte ohne Unterlass die Decks, und am Bug übernahm das Schiff alle drei Sekunden Tonnen schäumen=den Wassers.

Von den Stößen des Windes getrieben, ergoss es sich in alle Ritzen und Winkel und floss dann langsam durch die Speigatts ab. Auf der Kommandobrücke, im Steuerhaus, standen Faure und Jouve neben dem Steuermann und sahen zu, wie die hohen Wogen am Vorderstevan zerschellten. Mevel, der das Ruder führte, war restlos in Anspruch genommen von der unablässigen Mühe, die "Tlemcen" auf ihrem Kurse zu halten. Zuweilen trafen die Wogen das Schiff von der Seite, dass es bis in den Kiel erzitterte, brandeten auf die Kommandobrücke hinauf, pochten mit dumpfen Stößen gegen die Scheiben.

Faure, die erloschene Pfeife zwischen den zusammengebissenen Zähnen, sagte kein Wort. Ab und zu jedoch konstatierte er für sich allein:

"Abscheulicher Sturm!"

Jouve betrachtete das Meer als ein Kenner. Dies war einer jener plötzlichen wilden Stürme, einer jener Stürme mit schroffem, unaufhörlichen Wogengang, wie man sie im November auf dem Mittelmeer zu erleben pflegt.

"Da haben wir noch Schwein gehabt, am letzten Tag!" rief er.

Faure hörte nur das letzte Wort, aber er nickte mit dem Kopf. Man vernahm nichts anderes mehr als das grollende Tosen des Wassers oder jenes Geächz ber=stenden Holzes, wenn die Schiffsschraube aus dem Wasser tauchte, in der Luft sich drehte in sinnloser Hast. Die Wellen, die an der Back zerschellten, rollten zurück wie grosse, flache Decken, und ihr Sprühwasser schlug bis in das Wachzimmer wie ein schwarzer Gewitterregen. Der Himmel war schwarz, und die Küste blieb trotz ihrer Nähe unsichtbar.

Die "Tlemcen" kam nur mühsam vorwärts. Man sah ihren Bug sich aufbäumen, rasch emporsteigen und jählings wieder hinabsinken, gleitend in die Tiefe eines Wellentals, um sogleich wieder den Aufstieg zu beginnen. Stunden= und stundenlär dauerte dieses Spiel.

Man hatte den Eindruck, das Schiff werde von einer raschen Strömung an die Küste getrieben, von einer Strömung, die es zwang, nach Steuerbord zu halten, und die stets seine Richtung änderte, indem sie es dann wieder nach Backbord zog. Unablässig drehte sich das Steuerrad in den Händen Mevels.

Der Rauch des Schornsteins schlug sich auf das Schiff nieder und verhüllte das ganze Spardeck an Steuerbord.

Eine schlecht vertäute Jolle, dieman in dem Augenblick visitiert hatte, als die Bö losbrach, schlug gegen den Davit, und die Sparren purzelten aufs Geratewohl über das Deck.

Man hatte eine Wache beauftragt, die Talje abzuschricken, aber die Stösse

Stösse des Windes waren so heftig, die Wogen so gefährlich, dass man die Sache aufgeben musste.

Die Kohlentrimmer wagten nicht mehr, die Schlackeneimer an die Reling zu tragen. Sie warteten, bis der Aufzug kam, und schütteten dann die Asche auf das methodisch überschwemmte Deck. Im Logis schlummerten etliche Matrosen, roh geschüttelt durch das Stampfen des Schiffes, das gegen den Bug zu fühlbarer wurde. Loulou, ungewohnt dieses heftigen Schaukelns und von einem starken Schlucken gepackt, taumelte auf eine Laufbrücke hinaus.

Eine Woge, noch mächtiger als die anderen, überschwemmte das Vorderschiff; riss eine Reihe von Fässern los, die trotz ihres Gewichtes wie Billardkugeln von Reling zu Reling kollerten, bevor sie ins Meer verschwanden. Dann verstopften sich die Speigatts, und die "Tlemcen", mit dem Wasser belastet, begann gefährlich zu stampfen. Jouve trat auf die Kommandobrücke hinaus und musterte das Schiff. Er klammerte sich an den Kompass, den das Wasser peitschte und unerkennbar machte. Ein flatternder Wettermantel verlieh ihm das rundliche Aussehen eines der Krone beraubten Baumstrunks. Er befahl Piétri durch das Telephon, die Speigatts reinigen zu lassen. Bayard war ihm zuvorgekommen.

Dann sah man im grauen Tageslicht die Männer zwischen den Luken hin und her wandern, bis zum Gürtel im Wasser. Wind und Wellen trafen sie mit schrecklichen Stössen, sodass sie gegeneinander purzelten; sie stürzten vornüber, verschwanden im schäumenden Wasser und tauchten an den Winden oder an der Reling wieder empor.

"Gefährlich", bemerkte Faure, "sehr gefährlich."

"Wie meinen Sie?" stiess Jouve hervor.

"Ja," erwiderte Faure, "ja, Kapitän."

Man sah Piétri gestikulieren; sein Mund öffnete sich riesengross in unhörbaren Schreien und schloss sich wieder über einem Schwall salzigen Wassers, den er mit einer Grimasse von sich spuckte.

Die Matrosen plagten sich redlich, versuchten aufs Geratewohl die verstopften Speigatts zu finden. Sie konnten die Hindernisse beseitigen, das Wasser stürzte in tosenden Bächen aus dem Schiff, aber in der nächsten Minute kehrte es mit doppelter Wucht zurück. Sie schienen die Fruchtlosigkeit ihrer schrecklichen Mühen nicht zu begreifen.

Einen Augenblick lang öffnet sich die Tür des Kartenhauses, Mouton, der Telegraphist, erschien auf der Schwelle und hielt in der Hand ein durchnässtes Blatt Papier.

"Kapitän!" rief er.

"Machen Sie Ihre Tür zu, zum Teufel noch mal!" erwiderte Jouve. "Was haben Sie da?"

"Die "Tanganjika" verlangt Hilfe, fünfundreissig Meilen nördlich von den Balearen..."

"Was schert das mich? Sollen sie nur! Man kann nichts tun!"

"Aber Kapitän, ihre Schraube ist zerbrochen!"

"Ich habe keine Schraube! Sollen sehen, wie sie sich herauswickeln."

Und Jouve kehrte achselzuckend in das Steuerhaus zurück.

"Der Kerl hat keine Ahnung!"

"Wie meinen Sie, Kapitän?" fragte Faure.

"Ich sage, sie können meinetwegen alle untergehen. Eh!"

Plötzlich trat eine kurze Windstille ein. Der Regen schien weniger dicht, der Seegang ruhiger. Das dauerte zwei bis drei Minuten, dann wurde die "Tlemcen" von neuem geschüttelt und gerüttelt, noch heftiger als zuvor.

Trotzdem hatten sie alle Vertrauen zu ihrem Schiff. Es hatte die ersten Stunden bemerkenswert gut überdauert und hielt den Angriffen des Wetters stand, ohne Besorgnis zu erregen. Man hörte die schweren, raschen Stösse der Maschine, deren Kolben sich regelmässig drehen, und das Schiff steuerte gut. Aber es kam nicht vorwärts, schien nur zwischen je zwei Ruhepausen einen hastigen Satz auf der Stelle zu tun.

(Fortsetzung folgt.)